Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 36.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 27 | Hamburg, den 2. Juli 1920 | 5. Jahrg.

Inhalt:

Die Lage ..... Seite 385
Die ägyptische Krise und das britische Weltreich .. „ 387

Länder-Berichte:

Die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie ..... „ 390
England ..... „ 392
Rußland ..... „ 393

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital ..... Seite 396
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 398

Neueingänge ..... „ 400

Die Lage

Über den gegenwärtigen Zustand der deutschen Wirtschaft zu urteilen, ist ein abenteuerliches Unterfangen. Wir befinden uns in einer Lage, die vor der Erfindung der Statistik zu liegen scheint. Der Stand der deutschen Handelsbilanz ist unbekannt. Die amtlichen Anschreibungen über die deutsche Waren-Ein- und Ausfuhr sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Es bedarf keines Beweises, daß ohne die Kenntnis dieser Zahlen jedes Nachdenken über die Bewegung der Devisenkurse, über die Kreditverträge mit ausländischen Staaten und über die Regelung des Außenhandels zum müßigen Rätselraten wird — und doch nicht werden darf, wenn nicht die Ämter auf die Anteilnahme der Öffentlichkeit an den Problemen der Wirtschaftspolitik zu verzichten gesonnen sind. Auch wenn die Anschreibungen lückenhaft waren und noch sind, so wären sie doch als Mindestzahlen noch immer von hoher Wichtigkeit. Aber wer verlangt, außer ein paar einflußlosen Publizisten, ihre Veröffentlichung? Es scheint, daß in diesem Deutschland der Sonderinteressen sich kein Mann von Autorität außerhalb der Ämter findet, der sich zum Anwalt einer elementaren Forderung des Gemeinwohls machen will. Jedermann begnügt sich, das eigene Schäfchen, möglichst gemästet, ins Trockene zu bringen und das Ganze wie bisher der Obrigkeit und den sogenannten Sachverständigen zu überlassen, die von der Obrigkeit von Zeit zu Zeit berufen werden. Man tut gut, das Mikroskop anzuwenden, wenn man diese republikanisch-demokratische Verfassung der Geister von der monarchisch-autokratischen vor Ausbruch der Revolution unterscheiden will.

Was von den Außenhandelszahlen gilt, findet fast auf jedem Wirtschaftsgebiet seine Entsprechung. Auch der Mann auf der Straße fängt an zu begreifen, daß die steigenden Preise eine Folge der inflatorischen Vermehrung der Zahlungsmittel sind. Aber die Ämter nehmen ihm die Möglichkeit, den Stand und das Wachstum der Inflation festzustellen. Die Reichsbank ist bei Ausbruch des Krieges ermächtigt worden, die dem Reiche gewährten Kredite zusammen mit den der Industrie und dem Handel gewährten zusammen auszuweisen, obgleich die Regierungskredite inflatorisch wirken, die privaten Wechselkredite aber nicht. Man hat es getan, um dem Paragraphen des Bankgesetzes zu genügen, nach dem der nicht durch den Barbestand gedeckte Teil des Notenumlaufs durch diskontierte Wechsel gedeckt sein muß. Diese Deckungsvorschrift ist geschaffen worden, um inflatorischen Mißbräuchen vorzubeugen: neue Zahlungsmittel sollten nur geschaffen werden, wenn auch die verkaufsreife Warenproduktion um den gleichen Betrag vermehrt worden war — während bei der Gewährung von Regierungskrediten mit Zahlungsmitteln, die eigens zu diesem Zweck geschaffen werden, das Mißverhältnis zwischen Geldmenge und Warenmenge nur vergrößert werden kann. Indem man die Schatzanweisungen des Reichs in das Wechselportefeuille einzurechnen erlaubte, sorgte man für den Tag vor, da die privaten Wechsel nicht mehr zur Deckung der Banknoten ausreichten. Durch Einrechnung der Regierungskredite wurde man dann instand gesetzt, noch immer die Vorschrift des Gesetzes zu erfüllen — aber nur, indem man die Erfüllung ihres Wortlauts mit der Verkehrung ihres Sinnes in ihren Widersinn erkaufte. Der Paragraph, der die deutsche Wirtschaft vor den Gefahren heimlicher Inflation schützen sollte, deckte von nun an eben diese heimliche Inflation mit dem Schein der Legitimität.

Dies mochte während der Kriegsjahre als eine erlaubte Kriegslist gelten. Es war dagegen nur das eine einzuwenden, daß sie sehr bald endeckt wurde und von diesem Augenblick an nur dazu beitrug, die Glaubwürdigkeit der Reichsbankausweise im In- und Auslande fragwürdig zu machen. Jetzt aber ist diese Kriegslist im Begriff eine Gefahr für das eigene Volk zu werden. Wenn man vom Volk mit Recht fordert, daß es aus dem unwürdigen Zustand gedankenlosen Verzehrs erwacht und vom Ausland verlangt, und mit Recht verlangt, es solle sich nicht länger über den heillosen Stand der deutschen Finanzen täuschen, so ist doch wohl die erste Bedingung, daß unsere eigenen Ämter einer solchen Täuschung keinen Vorschub leisten. Dies geschieht, indem die Regierung fortfährt, die

Reichsbankausweise in einer Form veröffentlichen zu lassen, aus der der Stand der Regierungskredite und der Regierungsguthaben nicht abgelesen werden kann.

Wenn man die Wechseldeckungsvorschrift nicht abändern will (sie erinnert in ihrer Unverstandenheit heute an den russischen Posten, der noch zu Bismarcks Zeit einsam und ohne ersichtlichen Zweck auf einer Moskauer Parkwiese aufgestellt zu werden pflegte, wo die Kaiserin Katharina einst das erste Schneeglöckchen zu hüten befohlen hatte), so steht nichts im Wege, daß in einer Anmerkung der Anteil beigefügt wird, den die Reichsschatzanweisungen an dem sogenannten Wechselportefeuille der Reichsbank ausmachen. Auch der Ausweis der Darlehnskassen des Reichs müßte vervollständigt werden, wenn er den einfachsten Forderungen währungspolitischer Reinlichkeit genügen soll. Es reicht nicht hin, daß einmal am Schluß des Jahres angegeben wird, was das eigentlich für Kredite sind, deren Summe allein der wöchentliche Ausweis bekannt macht.

Nicht weniger wichtig wäre die an dieser Stelle schon vor einem Jahre geforderte Veröffentlichung von monatlichen oder wöchentlichen Aufstellungen über die Ausgaben und Einnahmen des Reichs. Es genügt nicht, daß einige Zeit nach dem Ende des Rechnungsjahres in irgend welchen amtlichen Schriftstücken, die der Öffentlichkeit kaum zugänglich sind, über das Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen Rechenschaft abgelegt wird. Wer die Massen zum Mitdenken und zur Mitverantwortlichkeit erziehen will, wird diese furchtbaren Zahlen an den Litfaßsäulen anschlagen lassen müssen. Aber es scheint, daß man der Öffentlichkeit beunruhigende Nachrichten noch immer so gern wie in der Zeit entziehen möchte, wo man fürchten mußte, durch ihre Veröffentlichung den Kredit des Reiches zu schädigen. Diese Zeit gehört fürs erste der Vergangenheit. Wenn das Volk aufwachen soll, so genügt es nicht, ihm von Zeit zu Zeit in ministeriellen Reden zu versichern, es müsse Entsagung üben und gerne opfern. Eine solche Versicherung wird niemand aus seinem Dämmern reißen. Man hat sie zu oft gehört und bei wie törichten Gelegenheiten. Die Tatsachen müssen reden, mit der stummen und gewaltigen Anklage, die nur geborstene Mauern reden können.

Es genügt auch nicht, daß in jedem Monat ein paar Zahlen über Kohlenförderung und Saatenstand und ein paar kümmerliche Angaben über den Geschäftsgang einiger Industrien (aus welcher Quelle?) veröffentlicht werden. Ein Staat, der mit dem Tode kämpft, ist seinen Bürgern Rechenschaft schuldig über den Stand und jede Änderung seiner produktiven Kräfte: über den Schlüssel, nach dem Kohle verteilt wird, über den Stand der Getreideablieferungen, über die Bewegung der Löhne und über alle anderen Daten, die zur Beurteilung der Wirtschaftslage unumgänglich sind. So notwendig es ist, den Beamtenstab der Ämter einzuschränken, so wird der Ausbau der Produktionsstatistik doch von keinem Einsichtigen unter die entbehrlichen Dinge gerechnet werden. Wenn aber eingewendet wird, daß solche Veröffentlichungen nicht im nationalen Interesse lägen, so vergißt man auch hier, daß es nur rückhaltloser Offenheit gelingen kann, Begehrlichkeit und Argwohn der Vertragsgegner von Versailles zu entwaffnen. Wir können nur gewinnen, wenn wir unsere Wirtschaft mit gläsernen Wänden umgeben. Wir werden nur gerettet werden, wenn wir das träge Inland und das gierige Ausland beständig das Schreckliche zu sehen zwingen, das sich hinter diesen gläsernen Wänden vollzieht.

Deutschland hängt im Abgrund. Es hat die staatliche Souveränität im Vertrag von Versailles aufgegeben. Es hat auch die wirtschaftliche Souveränität durch sein Tun und Lassen geopfert. Mehr als je ist es vom Ausland abhängig geworden. Es führt Zucker und Kohle, Eisen und viele anderen Waren ein, die zu den wichtigsten Posten seiner Ausfuhr zu gehören pflegten. Seine Währung ist der Willkür der ausländischen Finanzmächte preisgegeben. Sie haben es in der Hand, durch Aufkauf von Marknoten (von denen sich fünfzehn bis zwanzig Milliarden im Ausland befinden sollen — ein Viertel bis ein Drittel des gesamten deutschen Papiergeldumlaufs) den Kurs der Mark so weit zu steigern, daß Deutschlands Ausfuhrindustrie nicht mehr wettbewerbsfähig ist, oder durch Verkauf von Marknoten den Kurs der deutschen Währung so weit zu senken, daß eine Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen schlechthin zur Unmöglichkeit wird. Wir sind zum Spielball jeder ausländischen Laune geworden und sollten uns darüber nicht beklagen, denn wir allein sind für unser Schicksal verantwortlich.

Ehe nicht jeder Deutsche weiß und bekräftigt, daß jeder für das Ganze verantwortlich ist, wird dieses deutsche Geschick nicht gewendet. Ehe nicht die Kraft jedes Deutschen durch einen weisen und überlegenen Willen gelenkt wird, muß jedes Opfer tief vergeblich sein. Wenn nicht diese beiden Bedingungen erfüllt werden, bleibt ein wachsender Teil der Bevölkerung Deutschlands zum Hungertode verurteilt. Das Urteil wird langsam vollstreckt werden, wenn das Ausland es für richtig befindet, die Entstehung eines offenen Verwesungsherdes in Mitteleuropa zu verhüten. Es wird rasch vollstreckt werden, wenn die widerstreitenden Interessen unserer Gegner das Zustandekommen einer eindeutigen Politik des europäischen Aufbaues verhindern. Es wird in jedem Fall vollstreckt werden, wenn nicht das Volk selbst sich zur Rettung verhilft. Verharrt Deutschland, geistig und wirtschaftlich, in dem heutigen Zustand, so wird nach kurzer Zeit das Mißverhältnis von Erzeugung und Verbrauch durch keine Auslandshilfe wieder auszugleichen sein.

Die Verworrenheit der Lage ist aber bereits so groß, daß jede Besserung die Unmöglichkeiten der Lage nur zu steigern scheint. Der Kurs der Mark hebt sich auf ein Achtel des Friedenskurses — und schon scheint die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in Frage gestellt zu sein. Ganze Industriezweige feiern und erwägen Arbeiterentlassungen, andere schränken die Produktion ein — während der inländische Bedarf nicht im mindesten weniger dringlich geworden ist. Die radikalen Vertreter der Unternehmerinteressen schelten das Publikum, das durch seine Kaufscheu und durch sein Verlangen nach niedrigen Preisen den Fortgang der Produktion gefährde. Sie übersehen, daß die Kaufkraft der Massen, auch bei den inflatorischen Löhnen der Gegenwart, nicht mehr zur Deckung des nötigen Bedarfs zu den heutigen Preisen ausreicht, und daß die Nutznießer der steigenden Preise auch das Risiko eines Preisrückgangs tragen müssen, wenn die nicht mit Unrecht gerühmten Funktionen des Spiels von Angebot und Nachfrage und ihrer Ausgleichung durch die freie Preisbildung nicht zum Gespött werden sollen. Die radikalen Vertreter der Arbeiterschaft dagegen schließen aus dem Widerspruch zwischen Rentabilitätsminderung und Verbrauchshunger, daß es genüge, die Preise herabzusetzen und die Produktion in Gemeinbesitz überzuführen, um alle Produktionsprobleme zu lösen. Sie übersehen, daß auch in einer sozialistischen Wirtschaft nicht mehr verteilt werden kann als produziert wird und daß durch bloße Enteignung des Kapitalisten eine Hebung der Produktion schwerlich erreicht werden wird. Auch nicht durch Verbesserung der Technik und Betriebsorganisation allein. Denn wenn alle Steigerungen der Produktivität sofort durch Verminderungen der Arbeitsleistung ausgeglichen werden, so ist nicht das geringste ge-

ändert. Wenn jede Verbilligung der Produktion begleitet ist durch gesteigerte Tätigkeit der Banknotenpresse, bleiben die Preise unverändert.

Es liegt aber auf der Hand, daß jeder Aufruf zu Opfer, Einschränkung und Anspannung ganz ohne Wirkung bleiben muß, wenn er sich allein an die Angehörigen der feindlichen Klasse richtet. Wenn in den Zeitungen der Rechtsparteien den Arbeitern gesagt wird, sie müßten weniger verbrauchen, mehr arbeiten und sich mit niedrigeren Löhnen begnügen, so wird es den Arbeitern leicht gemacht zu erwidern, sie seien dazu gern bereit, wenn erst die Besitzenden bewiesen, daß sie in der Bewährung dieser Tugenden vorangingen; bisher wäre auch außerhalb der Arbeiterschaft nirgends zu sehen, daß irgend jemand seine Wirtschaftsmacht nicht dazu benutzte, sich so viel Einkommen wie möglich zu sichern und seinen Verbrauch an notwendigen und weniger notwendigen Gütern so weit auszudehnen, wie es ihm ohne Rücksicht auf das Gesamtwohl beliebt. Die Arbeiter sind nur darin im Unrecht, daß sie von der Unternehmerschaft ein Vorangehen fordern. Sie können dafür keinen haltbaren Grund anführen und beweisen damit nur, daß auch sie die Verantwortung auf fremde Schultern abwälzen wollen.

Es ist Zeit, daß jeder Stand, jede Klasse und jede Partei einsieht, daß der Feind weder rechts noch links, sondern in ihrer eigenen Mitte steht.

Kurt Singer

Nachschrift: Nach der Drucklegung dieses Aufsatzes ist (am 26. Juni 1920) vom Reichsfinanzministerium ein erster zaghafter Schritt auf dem hier geforderten Weg getan worden. Es hat den Stand der schwebenden Verschuldung des Reiches nach dem Stande vom 30. April 1920 (117 Milliarden ℳ) — aber nicht den bei der Reichsbank diskontierten Betrag — und den Bruttoeingang von Zöllen und Steuern im Januar (!) 1920 und in den Monaten April 1919 bis Januar 1920, den zehn ersten Monaten des Rechnungsjahres 1919/20, bekanntgegeben: ausschließlich der Eingänge auf die außerordentlichen Kriegsabgaben für zehn Monate 5 Milliarden, gegen einen Voranschlag für 12 Monate von 13,5 Milliarden. Man versteht, daß die Veröffentlichung eines solchen Ergebnisses bis nach dem Ausgang der Wahlen aufgeschoben worden ist. Es ist vernichtend. Es wäre wohl noch vernichtender, wenn auch die Ausgaben des Reichs und ihr Verhältnis zu den im Voranschlag genannten Zahlen ausgewiesen worden wären. *S.*

Die ägyptische Krise und das britische Weltreich

Wer die Empire-Nummer der „Times“ v. 25. 5. überblickt, der hat den Eindruck einer gewaltigen Weltheerschau, den das Inselvolk, durch den Krieg seiner politischen Hauptsorge ledig geworden, abhält. In allen Weltteilen große, blühende und sich immer weiter entwickelnde Gemeinwesen, von dem Union Jack beschirmt. Und doch kann der britische Politiker nicht ohne schwere Sorgen in die Zukunft blicken. Vier Stellen des Imperiums sind tönernen Füßen des Kolosses zu vergleichen: Irland mit seinem Zustande chronischer Revolution, Südafrika mit dem ausgesprochenen Willen der stärksten Partei nach Loslösung vom Mutterlande, Indien und seine Vorländer im Nordwesten als begierige Schüler des moskowitischen Bolschewismus und schließlich Ägypten mit seinem Schrei nach Recht und Selbstbestimmung gemäß den Versailler Grundsätzen und den „edlen Zielen des Völkerbundes“. Alles, um was England gekämpft hat, ist gefährdet durch die sich kreuzenden Diagonalen: Londonderry-Kalkutta und Kap-Kairo. Der Schnittpunkt ist Kairo. Die afrikanische Politik Englands ist seit zwei Jahrzehnten um das Rückgrat Kap-Kairo gruppiert. Durch die Erlangung des Mandats über Deutsch-Ostafrika ist die lückenlose Verbindung des Mittelmeeres mit der Tafelbai auf dem Landwege erreicht. Würden Ägypten und die Union selbständig, so sind dem britischen Afrika Kopf und Füße abgehauen und der Rest bedeutet weltpolitisch nichts mehr. Südafrika war für England einst, was Ägypten ihm jetzt ist. Südafrika wurde englisch, weil es das notwendige Glied auf dem Seewege nach Indien war. Diese Bedeutung hat es lange nicht mehr. Mit dem Bau des Suezkanals trat Ägypten an seine Stelle. Deshalb bedeutet die Wegnahme Südafrikas heute nicht mehr den Zusammenbruch des Weltreiches. Wohl aber könnte die erzwungene Aufgabe Ägyptens diesen herbeiführen. Diese Erkenntnis lag ja auch den Vorstößen der Mittelmächte gegen Ägypten auf dem Landwege zugrunde, die Syrien, Palästina und angrenzende Gebiete zu einem der wichtigsten Neben-Kriegsschauplätze machten. Es gibt deshalb nur e i n e n Punkt des Weltreiches, wo eine Aufgabe der britischen Herrschaft noch katastrophaler wäre: das ist Indien selbst; Indien, um dessentwillen das Kapland, Birma, Belutschistan, Afghanistan, Persien, Arabien, Ägypten, der Sudan britisch werden oder doch unter britischer Kontrolle gezwängt werden mußte. So erklärt sich auch die Antwort, die auf eine Anfrage im Unterhause die Regierung gab: daß die von den Nationalisten erstrebte Unabhängigkeit nach einer Äußerung ihres Führers Zaghlûl Pascha die Stellung des Suezkanals unter die Kontrolle des Völkerbundes nicht ausschlösse. Es scheint also, als ob man im Schoße der britischen Regierung sich bereits mit einem Minimalprogramm beschäftigt, das man durchsetzen muß, wenn das ägyptische Protektorat selbst in vollem Umfange nicht zu halten ist.

Zu diesen Problemen ergreift einer der besten Kenner des Orients, Sir Valentine Chirol, früher selbst Beamter des „Foreign Office“ und dann bis 1912 politischer Leiter der „Times“, das Wort. Aus der militärischen Besetzung, welche das Land im Jahre 1882 — nach der von Sir Valentine vertretenen englischen Auffassung — vor der Anarchie errettete, hatte sich ein verschleiertes Protektorat entwickelt, mit welchem alle wirkliche Macht in die Hände des britischen diplomatischen Vertreters in Kairo glitt, obwohl Stellung und Rang desselben nicht höher war als der des diplomatischen Vertreters jeder anderen europäischen Macht.

Selbstverständlich konnte Ägypten mit seiner britischen Besatzungsarmee und bei dem entscheidenden Einfluß des britischen Residenten in der äußeren Politik im Weltkriege nicht neutral bleiben, selbst wenn sein Herscher erklärte, es zu wollen. Der Khedive hoffte, als er Ägypten im Frühsommer 1914 verließ, daß ihn der Sieg der Mittelmächte, mit denen er stets sympathisiert hatte, nach Kairo zurückführen würde. Trotz der offiziellen Teilnahme am Kriege hatten die Ägypter gehofft, tatsächlich von ihm nicht berührt zu werden. Nachdem aber auf diese Weise freie Bahn geschaffen worden war, nahm Ägypten auch aktiv am Kriege teil, ohne daß dies allerdings äußerlich sehr in die Erscheinung trat. So wurde ägyptische Artillerie bei der Verteidigung des Suezkanals gegen den ersten türkischen Angriff 1915 verwendet. Ägyp-

tische Offiziere und Unteroffiziere wurden nach den Hedjas geschickt. Ägyptische Infanterie tat Garnisondienst in Palästina und Syrien, nachdem die Türken daraus vertrieben waren. Tiefer wirkte eine zweite Enttäuschung, nämlich, daß Ägypten nicht an den finanziellen Lasten des Krieges zu tragen haben würde. Denn bald machten militärische Notwendigkeiten die Erhebung schwerer Kontributionen notwendig, teils für Truppentransporte und Truppenverpflegung, teils für die Aufstellung von ägyptischen Arbeitsabteilungen für den Wege- und Bahnbau, ohne welche die große Armee, die Ägypten als Basis benutzte, nicht bewegt oder versorgt werden konnte. So ließ der Krieg schließlich bei den Massen, die sehr wenig Interesse für seine Wechselfälle gezeigt hatten, einen weitverbreiteten Widerwillen zurück, gegen den ein riesiger Zufluß von Reichtum — ungleich verteilt — kein entsprechendes Gegengewicht bildete.

Sowohl vor wie nach der Proklamation des Protektorats führten die Minister alle von ihnen verlangten Maßnahmen für die erfolgreiche Durchführung der militärischen Operationen, deren Basis Ägypten war, bereitwilligst durch. Die öffentliche Meinung kam bei der Strenge der Zensur und bei der Suspension der gesetzgebenden Versammlung nicht zum Ausdruck. Alle Hoffnungen, daß eine siegreiche türkische Armee die Engländer aus Ägypten vertreiben würde, schwanden mit dem mißglückten Versuch der Türken gegen den Suezkanal. Die meisten glaubten aber doch, daß der Kaiser den Verbündeten schließlich einen deutschen Frieden aufzwingen, dessen eine Bedingung die Freiheit Ägyptens sein würde und daß diese dann — wie man dauernd von Konstantinopel aus versicherte — durch die Türkei anerkannt werden würde. Als im Laufe des Jahres 1918 die Nationalistenführer schließlich einsahen, daß es nicht Deutschland oder die Türkei, sondern die vereinigten Mächte sein würden, die das Schicksal Ägyptens bestimmten, änderten sie ihre Stellungnahme entsprechend und mit größter Schnelligkeit. Nach dem Waffenstillstand traten sie mit einem neuen Feldzugsplan hervor, der sich auf die von den Verbündeten angenommenen 14 Punkte Wilsons stützte, besonders auf das Prinzip der Selbstbestimmung. Es folgten dann Verhandlungen zwischen dem Nationalistenführer Saad Pascha Zaghlûl und dem britischen Generalbevollmächtigten Sir Reginald Wingate, dem die Forderung: Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten und völlige Unabhängigkeit unterbreitet wurde. Sir Reginald antwortete darauf nur, daß er mit den Ansichten seiner Regierung nicht vertraut sei, und diese Antwort war sehr wahr, denn englische Minister hatten keine Zeit, sich um Ägyptens Politik zu kümmern! Leider hatten sie auch für die Folge keine Zeit, denn nicht nur verboten sie Zaghlûl nach England zu kommen, um die ägyptische Frage vor das englische Volk zu bringen, sondern sie weigerten sich sogar, die ägyptischen Minister anzuhören, deren loyale Mitwirkung während des ganzen Krieges doch wohl mehr Beachtung verdient hätte! Diese Behandlung ließ Rushdi Pascha, der seit Juni 1914 Ministerpräsident war, nichts mehr übrig, als mit seinen sämtlichen Kollegen zurückzutreten, so daß Ägypten ohne Regierung gerade in dem Augenblick war, wo eine solche nötiger war als je.

Nach der erfolglosen Unterredung mit Wingate blieben Zaghlûl und seine Freunde nicht untätig. Sie konstituierten sich als Gesandtschaft Ägyptens bei der Friedenskonferenz in Paris. Die Losung lautete: „Nieder mit dem Protektorat" und sie wurde von allen unzufriedenen Elementen im ganzen Lande aufgenommen. Englands Regierung ließ sich Zeit und glaubte, daß die Mißstimmung nur von einer Handvoll Agitatoren ausging und sich abkühlen würde, sobald diese von der Bildfläche verschwunden sein würden. So wurden in der Nacht vor der Abreise Zaghlûl und drei andere führende Mitglieder der ägyptischen Delegation verhaftet und nach Malta gebracht. Dies war das Signal, daß nach 37 ungetrübten Friedensjahren in ganz Ägypten vom Delta bis zum ersten Katarakt innerhalb einer Woche eine Revolution ausbrach, die von Zerstörung und brutalen Gewalttaten begleitet war, wie sie zurzeit des Aufstandes von Arabi Pascha gegen den Khediven im Jahre 1882 nicht vorgekommen waren. Bahnen, Telegraphen, Telephone wurden durch wütende Bauernhorden zerstört und zwar häufig unter Führung von Ägyptern der besseren Klasse. Kairo war zeitweise gänzlich von dem übrigen Ägypten abgeschlossen. Eisenbahnstationen, öffentliche und viele Privatgebäude, die Fremden oder Engländerfreunden gehörten, wurden zerstört und in Brand gesetzt. Städte und Dörfer wählten sich ihre eigenen Sovjets, britische und andere fremde Einwohner wurden in einigen Plätzen von brüllenden Massen belagert, hie und da Engländer angegriffen und ermordet, und eine Abteilung englischer Offiziere und Soldaten wurden in einem Eisenbahnzuge von einem wütenden Mob in Stücke gerissen.

Der Aufstand war ebenso furchtbar wie unerwartet. Sir Reginald Wingate war zu der Zeit in England, um dort seine Meinung auszusprechen — auf die man übrigens nicht hörte — und der Höchstkommandierende, General Allenby, war gerade nach Paris gerufen, um vor der Friedenskonferenz sein Urteil in der syrischen Frage abzugeben. Bei seiner Ankunft in Paris waren die Nachrichten von Ägypten so alarmierend, daß er innerhalb 48 Stunden als außerordentlicher Kommissar mit unbeschränkter Vollmacht, die Ordnung wieder herzustellen und die Angelegenheiten des Protektorats zu verwalten, nach Kairo zurückkehrte. Als er Ägypten wieder erreichte, war das Schlimmste vorüber, und mobile Abteilungen mit bewaffneten Kraftwagen und Flugzeugen wurden des Widerstandes, der sich noch zeigte, schnell Herr.

General Allenby hob das Verbannungsurteil gegen Zaghlûl und die drei andern Paschas auf und erlaubte ihnen, nach Europa weiterzureisen.

Der bewaffnete Aufstand war indessen nicht sobald vorüber, als ein passiver Widerstand einsetzte, der ebenso zäh wie elastisch war. Ägypten wurde plötzlich von einem Massen-Streikfieber ergriffen, wie man es bisher nicht gekannt und das nur zum Teil auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen war. Die Streiks waren auch nicht auf Eisenbahner, Dockarbeiter, Straßenbahner und ähnliche Berufe, die mehr oder weniger wirtschaftliche Klagen hatten, beschränkt. Die Gerichte — nationalistisch bis zum letzten Mann — stellten ihre Tätigkeit ein, Studenten und Schüler der oberen wie auch niederen Schulen, ja selbst die Schulmädchen verweigerten den Schulbesuch bis zur Abschaffung des Protektorats und der Erreichung völliger Unabhängigkeit. Schließlich griff die Epidemie auf die Behörden in Kairo über, deren Räume volle drei Wochen lang leer standen. Hohe Regierungsbeamte — die nebenbei gesagt, noch immer hohe Beamte sind — saßen im Streikkomitee und bestanden darauf dem neuen Kabinett ihre Bedingungen vorzuschreiben, bis Rushdi Pascha, der das Kabinett in Übereinstimmung mit General Allenby endlich gebildet hatte, schließlich nach zehn Tagen stürmischer Sitzungen zum Rücktritt gezwungen wurde. Erst unter dem Zwange des Kriegsgesetzes, zu welchem der Höchstbevollmächtigte gezwungenermaßen schließlich wieder greifen mußte, um einen gänzlichen Stillstand der ganzen Administration zu vermeiden, brach der passive Widerstand für den Augenblick zusammen.

Aber die handelspolitischen Folgen waren für das Vereinigte Königreich außerordentlich fühlbar gewesen. Während

der Gesamtaußenhandel Ägyptens von 1918 zu 1919 um 25 % stieg, nahm der Anteil Großbritanniens und seiner Kolonien nur um 5 % zu, der der übrigen Welt aber um 73 %, und im besonderen der der Vereinigten Staaten um 400 %! Baumwolle, früher britisches Monopol, ging ganz nach den Vereinigten Staaten, was deren Einfluß auf den Baumwollmarkt unendlich steigerte, Zucker, Getreide, Bohnen nach der Schweiz, deren Anteil um 100 % stieg.

Wäre die Millnermission abgereist, sobald ihre Ernennung im Parlament im Mai 1919 angezeigt war, so hätte das vielleicht die Situation retten können. Die Anerkennung des britischen Protektorats über Ägypten im Vertrag von Versailles war ein schwerer Schlag für die Radikalen, denn der britischen Macht wurde dadurch die internationale Sanktion erteilt, die ihr bis dahin gefehlt hatte, aber es wurden kostbare Monate versäumt und der Unabhängigkeitspartei vollauf Zeit gegeben ihre wütende und wühlende Propaganda mit der Losung „Nieder mit der Mission Millner" wieder aufzunehmen. Die politische Erklärung, welche Lord Allenby schließlich von England zurückbrachte, versprach Ägypten in allgemeinen Ausdrücken Autonomie und ein weites Maß von Selbstverwaltung, aber die politischfühlenden Klassen waren nicht länger mit diesen Allgemeinheiten abzuspeisen. Nur völlige Unabhängigkeit würde sie befriedigen und als die Millner-Mission die Unterhandlung auf die Basis des Protektorats bringen wollte, erklärten sie als die Pflicht jedes patriotischen Ägypters den Boykott. — Lord Allenby griff bei seiner Rückkehr nach Ägypten wieder zum Standrecht, um Demonstrationen niederzuhalten und einer neuen Streikepidemie zuvorzukommen, welche die Unabhängigkeitspartei während seiner Abwesenheit in England neu belebt hatte. Die ägyptischen Minister hatten ebensowenig Autorität wie der Sultan und als die Kommission ankam, konnten die Minister weder den beschlossenen Boykott verhindern, noch eine ungesetzliche Zusammenkunft der gesetzgebenden Körperschaft, bei welcher die umstürzlerischen Beschlüsse einstimmig durchgingen; auch der Sultan konnte weder die Prinzen seiner eigenen Familie, noch die große mohammedanische Universität El Azhar, deren verantwortliches Haupt er ist, verhindern, herausfordernde Manifeste gegen Lord Millner und den Oberkommissar zu schleudern.

Jedesfalls endete — nach französischen und amerikanischen Blättern — die Sendung Lord Millner's mit einem vollen Mißerfolg. Hinter Stacheldraht und Maschinengewehren verfaßte er seine Berichte über die ägyptische Situation. Unterdes werden überall im Lande Kampffonds angesammelt und die Aufopferung und Begeisterung mit der beigesteuert wird, soll grenzenlos sein. Nach einer interessanten Schilderung im „Pariser Journal" — die öffentliche Meinung Frankreichs steht keineswegs, wie seine Regierung hinter dem Bundesgenossen — wurden in einem einzigen Dorfe bei einer patriotischen Propaganda-Veranstaltung 15 000 LE gesammelt!

So hatte die Millner-Kommission während der 3 Monate Aufenthalt in Ägypten vollauf Gelegenheit Betrachtungen anzustellen über die sonderbare Lage, in welche Ägypten in politischer aber auch wirtschaftlicher Hinsicht gebracht worden ist. Beim Beginn des Krieges litt der ägyptische Markt unter Verwirrung und Depression. Das änderte sich aber schnell. Es setzte eine riesige Nachfrage für alle Produkte dieses ausgesprochen Ackerbaulandes ein, besonders für Baumwolle. Während vor dem Kriege Baumwolle selten einen Preis von 4 £ je Kantar erreichte, ging der Artikel auf 20 £ Ende 1919 und auf 40 £ im Anfang von 1920, um dann wieder auf 30 bis 34 £ zu fallen. Der Wert der Ernte letzten Jahres kann auf 100 Mill. £ veranschlagt werden, welche Summe reichlich die ganze öffentliche Schuld Ägyptens decken würde. In einem Bericht schätzte kürzlich der „Financial adviser" Ägyptens auswärtige Anlagen zwischen 1915 und 1919 auf über 150 Mill. £ und meinte, daß die seit 1915 ausgegebenen Banknoten im Betrage von 65 Mill. £ voll gedeckt seien. Die Preissteigerung von Getreide, obwohl viel geringer als die von Baumwolle, hat oft das Drei- und Vierfache betragen. Ackergelände ist heute mit Leichtigkeit zu einer jährlichen Rente zu verpachten, für die man es vor 10—20 Jahren hätte kaufen können. Hinzukam, daß auf Ägypten als militärischer Basis von höchster Wichtigkeit ein weiterer Goldregen niederging in Gestalt der Gelder, welche von Grossbritannien für militärische Ausgaben bezahlt wurden und die auf nahezu 200 Mill. £ geschätzt werden. Riesenvermögen sind in Ägypten gemacht worden durch den Krieg, besonders von den großen Grundeigentümern, und es ist nicht ohne Pikanterie, daß die Unabhängigkeitspartei daraus die sehr bedeutenden Mittel zieht, um ihren Feldzug für die Zurückziehung der englischen Truppen aus Ägypten zu betreiben.

Obwohl aber die Ackerbau treibenden Massen im ganzen ihren Teil an dem fabelhaften Anwachsen des Reichtums haben, so ist seine Verteilung unter die ganze Bevölkerung doch sehr ungleich gewesen.

Die städtischen Lohnarbeiter und die Landarbeiter in den Ackerbaubezirken, sowie die große Menge kleiner Beamten und Angestellten mit kleinen festen Einkommen, haben schwer gelitten und zwar durch die höheren Kosten der Lebensführung, ohne durch einen entsprechenden Zuwachs ihrer Löhne oder Gehälter entschädigt zu werden. Selbst 1917 noch schätzte Dr. Wilson vom Kasr-el-Aini Hospital in Kairo, daß nahezu 2 Mill. Menschen an Unterernährung litten.

Obwohl die Preise weiter stiegen, glaubten die Behörden doch gegen Ende 1919 so zuversichtlich, daß das Schlimmste vorüber wäre, daß sie die Beschränkungen hinsichtlich der Preise für Nahrungsmittel aufhoben. Doch das Schlimmste sollte erst kommen: innerhalb der nächsten 3 Monate stiegen die Preise sprungweise, so Mais — das hauptsächlichste Volksnahrungsmittel zwischen 1. 12. und 1. 3. von 213 auf 450 Piaster je Ardeb — Weizen von 336 auf 535 und Linsen von 356 auf 745. Der Verdienst einer Beamten- oder Arbeiterfamilie genügte bei weitem nicht mehr, um genug Nahrung zu kaufen. Dennoch fuhren die großen Grundeigentümer fort, mehr und mehr Land mit Baumwolle anstelle von Getreide zu bepflanzen, ja, sie zerstörten sogar bereits aufgegangene Weizensaaten zu diesem Zwecke. Die Behörden waren langsam in Bewegung zu setzen, aber sie erhielten schließlich Einfuhren von auswärts und das Versprechen weiterer Sendungen, und durch die Eröffnung von Verkaufsstellen zu Preisen unter Einstand wurde die schlimmste Gefahr abgewendet, aber erst als schon in dem in Wohlstand schwelgenden Lande ein großer Teil der Bevölkerung dem Hungertode nahe gewesen war!

Es kann also von Ägypten gesagt werden, daß es ein inmitten seines Überflusses verhungerndes Land ist. Ehe Lord Cromer Ägypten 1902 verließ, waren Einkünfte und Ausgaben leicht ausgeglichen worden mit ca. 15 Mill. £. Das letzte Jahresbudget, 1919, balanzierte dagegen mit über 40 Mill. Dieser Zuwachs beruht in bedeutendem Maße auf Kriegsgewinn, doch zeigte er im Grunde genommen eine gesunde Entwicklung, die um so bemerkenswerter ist, als die Basis der Besteuerung die gleiche wie früher war.

Ägypten benötigt indessen höhere Ausgaben für Erziehung, sanitäre Maßnahmen, öffentliche Arbeiten und viele andere Zwecke von anerkannter Dringlichkeit und könnte sie leicht aus seinem gewachsenen Wohlstand bestreiten, wenn es in seiner Macht stände, diesen Wohlstand zu besteuern. Aber Quellen, wie sie andere Länder durch Einkommen-, Erbschafts-,

Umsatzsteuer usw. erschließen, sind dem ägyptischen Schatzamt verschlossen, so lange man das veraltete System der Kapitulationen aufrecht erhält, welches verbietet, die Ausländer mit irgend einer neuen Steuer ohne Bewilligung aller Mächte — und zwar 17 der Zahl nach! — zu belegen. Denn nirgends ist so viel Reichtum in fremden Händen, als in Ägypten, weil die Eingeborenen niemals selbst teilgenommen haben an der finanziellen, industriellen oder kommerziellen Ausbeutung ihres Landes.

Es scheint, als ob Großbritannien sich anheischig macht, den Verzicht der beteiligten Staaten auf die Kapitulationen herbeizuführen, wenn die Ägypter sich bei dem Protektorat beruhigten. Diese aber wollen lieber die Kapitulationen als das Protektorat behalten. So ist von jedem Gesichtspunkte aus gesehen, die Lösung des ägyptischen Problems dringend. Eine Regierung auf Grund des Standrechts und nur gehalten von einer Besatzungsarmee von 200000 Mann kann nicht ewig dauern, und von den Vorschlägen der Millner-Kommission, welche in Kürze veröffentlicht werden sollen, erwartet man in England einen Weg, der die vielen berechtigten Klagen der Ägypter beseitigt und sie mit der Aufrechthaltung der britischen Kontrolle aussöhnt.

Diese Hoffnung erscheint aber — wenigstens zurzeit noch — trügerisch, wie folgender, selbst in englischen Zeitungen soeben von den ägyptischen Nationalisten veröffentlichter „Notschrei an die öffentliche Meinung der Welt“ zeigt:

Die Imperialisten Großbritanniens bemühen sich, Ägypten zur Unterwerfung zu zwingen. Das Wort „Protektorat“ täuscht niemanden. Großbritannien bemüht sich, Ägyptens Souveränität zu unterdrücken unter der kümmerlichen Entschuldigung eines sogenannten Protektorats. Die Welt ist skeptisch geworden den Imperialisten gegenüber, die mit dem Schwert in der Hand kommen, um den sogenannten rückständigen Nationen eine bessere Regierungsform zu geben. Ägypten ist keine rückständige Nation und vollständig fähig, sich selbst zu verwalten. Ägypten will die volle und ausdrückliche Unabhängigkeit. Es wird in keine Verkürzung seiner Souveränität willigen. Ägyptens Leben ist in Gefahr, das Volk weiß es, und wird niemals nachgeben. Die Großmächte mögen versuchen, ihren Verpflichtungen aus dem Kriege aus dem Wege zu gehen, aber die Saat der Hoffnung, welche in alle Herzen durch die Versprechungen der Selbstbestimmung der unterdrückten Völker gelegt worden ist, hat in Ägypten Wurzel gefaßt, und alle Klassen vereinigen sich in dem Schrei nach Freiheit. Gewissenlose Strenge in der Verwaltung wird Ägyptens Wunsch nach Unabhängigkeit niemals auslöschen. Das Schwert tötet niemals eine Idee oder ein Bestreben. Selbst wenn Großbritannien versuchen sollte, alles Unrecht, welches es Ägypten seit 1882 zugefügt hat, durch die versöhnlichste Methode der Herrschaft gutzumachen, so würden ihre Anstrengungen doch erfolglos bleiben, denn Ägypten wird nur vollständige Unabhängigkeit annehmen.

Hans Zache

Die Nachfolgestaaten der österr.-ungarischen Monarchie

Eindringen ausländischen Kapitals in Bankwesen und Eisenindustrie Deutsch-Österreichs — Die Finanznot der Tschecho-Slowakei und die Einlösung der Kriegsanleihen

Die Verbindung Deutsch-Österreichs mit westländischem Kapital hat sich in den letzten Wochen durch einige bedeutsame Transaktionen wieder stark verdichtet. Die wichtigste ist die Beteiligung amerikanischen Kapitals an der Österreichischen Kreditanstalt. Die Kreditanstalt hat vor zwei Monaten fast widerwillig eine Kapitalserhöhung von 200 auf 320 Mill. beschlossen. Der Anlaß zu diesem Beschluß war nicht eigener Geldbedarf, sondern die Kapitalsverdoppelung der Allgemeinen Depositenbank auf 300 Mill., von der man sich nicht den Rang ablaufen lassen wollte. Auch an die Heranziehung ausländischen Kapitals war ursprünglich nicht gedacht. Nun führt die Kreditanstalt die Kapitalserhöhung in der Weise durch, daß sie nom. 80 Mill. den Aktionären zum Bezug anbietet, dagegen 40 Mill. durch Vermittlung von M. M. Warburg & Co. in Hamburg an Kuhn, Loeb & Co., und die Guaranty Trust Co. in New York begibt. Der Kaufpreis beträgt über 250 % und wird in Mark eingezahlt. Ein Mitglied des Hauses Warburg für Kuhn, Loeb & Co. und der europäische Direktor der Guaranty Trust Co. treten in die Verwaltung der Kreditanstalt ein. Es ist nicht anzunehmen, daß die Interessennahme der amerikanischen Gruppe sich auf den Aktienbesitz beschränken sollte. Die Kreditanstalt kommt vielmehr durch sie in die Lage, ihrem Industriekonzern leichter Rohstoffkredite zu beschaffen und größere Investitionsprojekte zu finanzieren. Was den Rohstoffkredit anlangt, soll zunächst nach dem Muster der Deutschen Waren-Treuhandgesellschaft eine entsprechende Organisation für Deutsch-Österreich geschaffen werden. Schließlich dürfte die amerikanische Gruppe die Kreditanstalt zum Mittelpunkt ihrer Geschäfte in den Nationalstaaten machen. Zum Konzern der Kreditanstalt gehört in der Tschecho-Slowakei die fusionierte Böhmische Escomptebank und Kreditanstalt, die aus der Böhmischen Escomptebank und den sudetenländischen Filialen der Kreditanstalt hervorgegangen ist und ihr Aktienkapital in den letzten Monaten allmählich von 12 auf 60 Mill. csl. K erhöht hat und demnächst weiter auf 100 Mill. K erhöhen wird. Es trifft sich günstig, daß Kuhn, Loeb & Co. bereits vor Monaten einen Posten Escomptebank-Aktien erworben haben (man sprach damals von 10000 Stück). Dadurch dürfte die Stellung der Kreditanstalt in dem böhmischen Institut, von dessen Aktien 55 % durch die Zivnostenska banka kontrolliert werden, über ihre Konsortialquote hinaus moralisch und materiell gestärkt werden. In Ungarn steht die Bank in einem Kartellverhältnis zur Ungarischen Kreditbank, in Polen gehört ihrem Konzern die Warschauer Disconto-Bank, die Galizische Aktien-Hypothekenbank, die Galizische Bank für Handel und Industrie und die Schlesische Creditanstalt (in Bielitz) an, während sie in Jugoslawien mit der Adriatischen Bank arbeitet. Durch die Kapitalserhöhung werden sich die eigenen Mittel der Kreditanstalt, die jetzt 350 Mill. betragen, auf rund 650 Mill. K erhöhen.

Daneben hat westländisches Kapital neuerdings wieder in zwei der größten deutsch-österreichischen Industriekonzerne Fuß gefaßt. Die Schrauben- und Schmiedwarenfabrik Brevillier-Urban tritt in das internationale Schraubenkartell ein und erhält von diesem ein bestimmtes Exportgebiet (das sich offenbar über das Gebiet des früheren Österreich-Ungarn und den nahen Osten erstreckt) zugewiesen. Eine Gruppe unter Führung von Guest, Keen Nettlefoolds in Birmingham und Japy Frères in Paris übernimmt gleichzeitig

nom. 4 Mill. K Brevillier-Urban-Aktien, die sie mit 2000 % bezahlt, so daß der Gesellschaft über 80 Mill. K neue Mittel zufließen. Die Gesellschaft, die im Kriege eine außerordentliche Erweiterung erfahren hat, betreibt ihre Hauptanlagen in Deutsch-Österreich (Floridsdorf und Neunkirchen), besitzt aber außerdem ein Stahlwerk in Westgalizien und ist 1917 in eine enge Interessengemeinschaft mit der Coburg'schen Berg- und Hüttenwerks-A.-G. getreten, die in der Slowakei große Hochofenanlagen, Stahlwerke usw., und in Budapest eine große Schraubenfabrik besitzt. Der Konzern dehnt sich somit über vier Nachfolgestaaten der früheren Monarchie aus. Durch den Hinzutritt internationalen Kapitals kann er sich in seiner Einheitlichkeit erhalten, wie man überhaupt neuerdings häufig die Sonderung der nationalstaatlichen Betriebe einheitlicher Gesellschaften dadurch zu vermeiden sucht, daß man daran ausländisches Kapital interessiert.

Schließlich ist vor kurzem auch die Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp, die selbst wieder den Mittelpunkt eines ausgedehnten Konzerns bildet, in die französische Interessensphäre getreten. Französisches Kapital hat eine Option auf nom. 20 Mill. junge Kruppaktien ausgeübt. Nähere Daten sind über diese Transaktion zur Stunde noch nicht bekannt. Nach Alpine, Veitscher Magnesit, Fiat, Daimler, Puch, Schöller-Ternitz, Brevillier und Krupp gibt es jetzt nur mehr ganz wenige große Betriebe der Eisen- und Maschinenindustrie in Deutsch-Österreich, die nicht in irgend einer Form unter der Kontrolle von Ententekapital stehen, wobei allerdings das italienische Kapital einen nicht mehr einzuholenden Vorsprung hat, während sich in der Tschecho-Slowakei hauptsächlich französisches Kapital betätigt.

Die Tschecho-Slowakei versucht jetzt einen ersten entscheidenden Schritt zu ihrer finanziellen Sanierung. Der ersten gewählten Nationalversammlung, die vor kurzem zusammengetreten ist, liegt bereits ein Regierungsentwurf über die Anerkennung und teilweise Einlösung der österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen vor. Schon die erste Ausschußberatung hat zu einer vollständigen Umarbeitung der Vorlage geführt und es ist zweifelhaft, ob sie damit ihre endgültige Form gefunden hat. Denn die Angelegenheit ist von außerordentlich politischer und staatsfinanzieller Bedeutung und wird deshalb von den Parteien scharf umkämpft. Für die Deutschen in der Tschecho-Slowakei handelt es sich um eine Lebensfrage, von deren Lösung ihr weiteres Verhältnis zum tschechoslowakischen Staat mit in erster Linie bestimmt werden wird. Auf der anderen Seite widerstreben die nationalistischen Gruppen unter den Tschechen, die beim Zusammenbruch die Verweigerung der Übernahme der Kriegsanleihe in Prag und Paris durchgesetzt haben, jedem Entgegenkommen und berufen sich dabei auf den ungünstigen Stand der tschecho-slowakischen Staatsfinanzen. Nach dem Friedensvertrag ist die Tschecho-Slowakei zu nichts verpflichtet. Deutsch-Österreich und Ungarn haben bloß für den Besitz ihrer eigenen Staatsangehörigen und des alten Auslandes aufzukommen, den anderen Nachfolgestaaten ist es freigestellt, wie sie den Besitz ihrer Staatsangehörigen behandeln wollen. Aber die Verhältnisse sind stärker als die Vertragsparagraphen. Der Besitz der Tschecho-Slowakei an österreichischen und (in der Slowakei) ungarischen Kriegsanleihen wird auf rund 7 Milliarden K geschätzt. Davon ist der weitaus größte Teil in den Händen von Deutschen, da sich die Tschechen an den Kriegsanleihen wenig beteiligt haben und ihren geringen Besitz in den Monaten nach dem Umsturz zumeist abgestoßen haben. Und diese 7 Milliarden sind wieder zum sehr großen Teil im Besitz von Sparkassen, Genossenschaften und verschiedenen gemeinnützigen Fonds, die durch die Einstellung der Kuponzahlung und durch die Entwertung der Kriegsanleihe in die schwerste Bedrängnis gekommen sind. Eine große Anzahl auch von bedeutenden Sparkassen in der Tschecho-Slowakei wurde seit Monaten durch ein Moratorium gestützt. Das hat wieder schwere Stockungen im Zahlungsverkehr zur Folge, denn die Bevölkerung, die selbst die Sparkassen bedroht sieht, hält ihre Ersparnisse in Banknoten zu Hause und da Industrie und Handel bei den hohen Preisen große Geldbeträge erfordern, der Staat aber mit einem Milliarden-Defizit wirtschaftet und keine Notenvermehrung stattfindet, ergeben sich aus diesem Zustande für die ganze Volkswirtschaft ernste Gefahren, aus denen die Regierung ohne Mitwirkung der Deutschen keinen Ausweg finden kann. Denn die bisherigen Anleihen, die sie aufzulegen versuchte, haben wegen der Abstinenz der Deutschen einen Mißerfolg ergeben und so hat die Regierung immer wieder zu kurzfristigen Vorschüssen bei den Banken ihre Zuflucht nehmen müssen, die sich nicht unbegrenzt vermehren lassen und die allgemeine Geldknappheit noch bedenklich verschärfen. Infolgedessen bringt die Regierung vorläufig die Anerkennung der Kriegsanleihen in Verbindung mit einer neuen tschechoslowakischen Anleihe, die dadurch den Charakter einer Zwangsanleihe gewinnt. Sie unterscheidet dabei zwei Gruppen von Kriegsanleihebesitzern: Sparkassen und sonstige gemeinnützige Anstalten und Fonds einerseits und sonstige Besitzer anderseits, und behandelt die erste Gruppe besser als die zweite, obwohl sich unter dieser zahlreiche Witwen, Waisen, Pensionisten usw. befinden, die durch den Verlust ihres Kriegsanleihevermögens oft ihre ganze wirtschaftliche Existenzgrundlage einbüßen. Aber auch die erste Gruppe wird nicht sehr glimpflich behandelt. Formell wird die Kriegsanleihe für alle Besitzer zu 75 % anerkannt, wenn sie gleichzeitig für je 100 K Kriegsanleihe 75 K tschecho-slowakische Anleihe in bar zeichnen. Aber die privilegierten Anstalten erhalten für ihre Kriegsanleihen 4½ % und für ihre Barzeichnung 6 % Schuldverschreibungen, während die übrigen Kriegsanleihebesitzer sich für ihre Kriegsanleihe mit einem 3½ % und für ihre Barzeichnung mit einem 5½ % Titre begnügen müssen. Außerdem werden die gegen Kriegsanleihe getauschten Obligationen der Sparkassen usw. in 45 Jahren amortisiert und sind belehnbar, während die Privaten unverlosbare und unbelehnbare Schuldverschreibungen erhalten, und schließlich vermindert sich der Zinsfuß der 4½ % Titres der ersten Gruppe nach 15 Jahren auf 4 % und der bargezeichneten Anleihen der zweiten Gruppe auf 5 %. Diese an sich schon komplizierten Bestimmungen komplizieren sich noch mehr durch die Bestimmungen über die lombardierten Kriegsanleihen u. a. In Wirklichkeit ist die Anerkennung der Kriegsanleihe zu 75 % fiktiv, denn die 3½ % Rente, die die Privaten erhalten, wird bestenfalls einen Kurs von 70 erreichen, und da außerdem seit mehr als einem Jahr die Zinsen unbeglichen sind, bleiben den Kriegsanleihebesitzern für seinerzeit gezeichnete 100 K nom. kaum mehr als 40 K. Sollte der Plan der Prager Regierung gelingen, so würde ihr allerdings die Konversion der Kriegsanleihe neue Mittel von über 5 Milliarden csl. K zuführen und damit ihre Geldsorgen für eine geraume Zeit beheben, während anderseits die Mehrbelastung des tschechischen Budgets aus der Kriegsanleihe bloß etwa 200 Mill. betragen dürfte. Sollte gleichzeitig die Vermögensabgabe energisch in Angriff genommen werden und eine Einschränkung der Ausgaben, insbesondere der großen Heereskosten gelingen, so wäre damit bereits außerordentlich viel gewonnen. Welchen Hoffnungen sich die Prager Regierung hingibt, zeigt die Äußerung des Ministerpräsidenten in seiner Programmrede vor der Nationalversammlung: daß es nicht nötig sei, das Abgabesystem durch neue große Steuern zu komplizieren. Ein hinlänglicher

Erfolg werde es schon sein, wenn es gelänge, das jetzige System bei gerechter Strenge voll auszunutzen. Einige Ergänzungen und Änderungen seien allerdings nötig, so insbesondere die Einführung der Erbschaftssteuer. Die Zukunft muß lehren, ob diese Zuversicht gerechtfertigt ist. Anerkannt werden muß jedenfalls die zähe Energie, mit der die Regierung einer Vermehrung des Notenumlaufes und insbesondere der Ausgabe von Staatsnoten zur Deckung des Defizits im Staatshaushalte widerstrebt.

18. Juni 1920. *Dr. G. St.*

England

Nationale Probleme — Die Neuordnung des Kohlenbergbaues — Das Ende der Kapitalabgabe — Nahrungsmittelministerium

In der vorigen Nummer dieser Zeitschrift wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem englischen Imperium durch die Aufpeitschung nationaler und religiöser Empfindungen, durch bolschewistische Propaganda in den nördlich an Indien grenzenden Reichen droht. Die nationale Erhebung, die von bolschewistischer Seite in diesen Ländern angestrebt wird, hat bekanntlich bereits in der Türkei Platz gegriffen, wie die Ereignisse bei Ismid beweisen. Daß der Oberste Rat Venizelos gestattet hat, griechische Truppen gegen die Nationalisten ins Feld zu führen, ist ein Beweis für die Schwere der Gefahr, zu deren Bekämpfung außerdem die Mittelmeergeschwader der Alliierten, und britische Truppen aus Malta in und um Konstantinopel verwandt werden.

Aber nicht nur im fernen und nahen Osten, auch im Innern spitzen sich die nationalen Fragen immer gewaltiger zu. Durch Hineinziehung der Gewerkschaften in die Sinn-Fein-Bewegung ist diese in ein neues Stadium getreten. Es verhält sich damit folgendermaßen: Bisher fanden Ausschreitungen größeren Umfanges nicht oder kaum statt. Es ist wahr: Polizisten wurden ermordet, Polizeistationen überfallen und verbrannt, Telegraphendrähte durchschnitten, Waffen geraubt, auf mißliebige Persönlichkeiten Mordanschläge ausgeführt, unruhige Versammlungen abgehalten. Aber im übrigen war die Tätigkeit der Sinnfeiner eine streng gesetzliche. Doch die Unsicherheit im Lande wuchs. Heute herrschen z. B. in Londonderry Zustände, wie wir sie in Hamburg zur Zeit der Heilkrawalle kennen gelernt haben. Es wurde zur Herstellung der Ruhe notwendig allmählich immer mehr Militär aus England nach Irland zu entsenden.

Zunächst im Zusammenhang mit Rußland wurde von den Gewerkschaften die Parole ausgegeben, Munition und Waffen nicht nach Polen zu befördern; was aber dem einen recht ist, ist dem andern billig; die irischen Gewerkschaften haben beschlossen, auch in Irland und für Irland keine Munition, keine Waffen, kein Militär zu befördern. Züge, auf denen Polizei befördert werden soll, gehen einfach nicht ab, Schiffe, die mit Munition eintreffen, werden nicht abgeladen usw. Die Regierung ist angesichts dieser Lage außerstande, Ruhe und Ordnung zu stiften; sie droht mit der Stillegung des gesamten Eisenbahnverkehrs in Irland, d. h. mit der Aussperrung sämtlicher Arbeiter; aber wird sie damit Erfolg haben? Die Aussperrung des Eisenbahnpersonals ist jedenfalls eine sehr zweischneidige Waffe, und merkwürdig genug: auch die Arbeiter drohen mit dem Generalstreik der Eisenbahner und haben schon damit begonnen, ihre Drohung in die Tat umzusetzen. Die Regierung ist Verhandlungen nicht ganz abgeneigt, macht aber die Aufgabe des Widerstandes der Eisenbahner gegen die Beförderung von Regierungsgut und Regierungsbeamten zur Voraussetzung. Der Sekretär der englischen Eisenbahngewerkschaften, Thomas, sucht zu vermitteln und bringt den Vorschlag des Dominion Home Rule für Irland von neuem aufs Tapet. Das würde die Sinnfeiner befriedigen; die Ulsterleute sicher nicht, und Lloyd George? vielleicht wird ihn der Kongreß der Labour Party „überzeugen", der sich mit der irischen Frage befaßt und dieselbe zu einer englischen Arbeiterfrage gemacht hat. Denn mit allen gegen 3 Stimmen wurde eine allgemeine Resolution angenommen, die die Anwendung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf Irland und die Zurückziehung der englischen Truppen aus Irland fordert. Zu beachten ist allerdings, daß Maßregeln für den Fall, daß die Regierung den Forderungen der Labour Party nicht nachkommt, nicht vorgesehen wurden, so daß eine Krise aus dieser Resolution vor der Hand noch nicht zu erwarten steht. Gleichzeitig dürfte eine andere alte Frage, die in letzter Zeit weniger erörtert wurde, die aber von allerhöchster Bedeutung ist, wieder aktuell werden.

*

Am 31. 8. läuft die Kohlenkontrolle in ihrer gegenwärtigen Form ab und die Regierung sieht sich genötigt, neue Maßregeln zu treffen. Entsprechend dem Beschluß, dem Wunsch der Arbeiter nach Nationalisierung der Bergwerke nicht nachzugeben, ließ das Kabinett am 23. 6. dem Parlament einen neuen Gesetzentwurf zugehen, der die Kohlengruben ihren alten Besitzern zurückgibt, zugleich aber ein neues Ministerium (Ministry of Mines) schafft, das die Verhältnisse im gesamten englischen Bergbau zu regeln hat. An der Spitze dieses Ministeriums wird der Secretary of Mines stehen, dem besonders für die Übergangszeit weitreichende Vollmachten eingeräumt sind, so hinsichtlich der Preisfestsetzung. Für die Regelung von Fragen des Lohns, der Arbeitszeit usw. werden in den einzelnen Kohlenfeldern Pit Committees errichtet, die ungefähr die Bedeutung der Works Committees im Rahmen des Whitleysystems haben. Als Instanz über diesen Pit Committees steht das National Board, entsprechend dem District Council. Dem Secretary of Mines steht ein Advisory Council zur Seite, in dem Unternehmertum und Arbeiterschaft, Konsum, Wissenschaft und Hygiene vertreten sein werden: eine Körperschaft, die in gewisser Weise dem National Joint Industrial Council des Whitleysystems entspricht. So bekommen die Bergarbeiter als letzte englische industrielle Gemeinschaft, trotz ihres energischen Widerstandes gegen die Ratsverfassung, dennoch ihren Whitley Council. Gelingt es, das Gesetz in dieser oder ähnlicher Form durchzubringen, woran wohl nicht zu zweifeln ist, so muß das als ein großer Sieg der Regierung in ihrer Politik gegen die Nationalisierung des Kohlenbergbaues angesprochen werden. Sie hat offenbar das Volk heute besser hinter sich, als noch vor kurzem. Das ergibt sich auch aus ihrem kühnen Vorgehen in der Frage der Besteuerung der Kriegsgewinne.

Die Abgabe auf den Kriegsgewinn ist tot. Lloyd George hat dem Parlament erklärt, daß die Regierung jede Besteuerung des Kapitals in diesem Sinne ablehne. Nach den Ausführungen Chamberlains in der Budgetrede und nach den Ergebnissen der Kommission, über die im „W.-D." Nr. 22, S. 322

berichtet wurde, mag dies etwas überraschen, aber trotz einer gewandten Rede des Arbeiterführers Clynes, der eine Resolution zugunsten der Kapitalsteuer einbrachte, billigte die Majorität des Parlaments den Regierungsentschluß durch Ablehnung der Resolution. Obschon allgemein anerkannt wird, daß das Volk in seiner Gesamtheit für die Wegsteuerung oder doch wenigstens starke Belastung des Kriegsgewinns zu haben wäre, hat sich Kabinett und Parlament von folgenden Erwägungen leiten lassen: es sei unmöglich, den eigentlichen Kriegsgewinnler zu besteuern, ohne gleichzeitig den Kapitalisten zu treffen, dessen Vermögen gar nicht im Verhältnis zu der Teuerung gewachsen ist; das wäre an sich eine Ungerechtigkeit. Wichtiger aber sei, daß die Veranlagung und Erhebung der Steuer eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde; diese Zeit würde eine Periode der Unsicherheit bedeuten, die Handel und Wandel lähmen müßte, da eine Abgabe eines erheblichen Kapitalteiles die Kreditfähigkeit beeinträchtigen und Kalkulationen erschweren würde; auch die arbeitenden Klassen würden unter der hierdurch hervorgerufenen Einschränkung der Betriebe zu leiden haben. Darüber hinaus lägen aber auch Gefahren in dem Umstand, daß infolge der langen Zeit, die bis zur tatsächlichen Zahlung der Steuer aus technischen Gründen vergehen müßte, starke Kapitalveränderungen, insbesondere Verluste eingetreten sein könnten.

*

In allen den genannten Maßregeln und Versuchen drückt sich der Wunsch aus, die normale Friedenswirtschaft wiederherzustellen. Zu den hierher gehörigen Maßregeln ist auch die Abschaffung der Zwangswirtschaft zu zählen. Eine Kontrolle, die nicht sterben kann und nicht leben soll, ist die des Nahrungsmittel-Ministeriums, jedoch ist die Regierung eifrig um ihren Abbau bemüht. Während der Kostenanschlag für dieses Ministerium für das Finanzjahr 1918/19 rund 4¼, für das Finanzjahr 1919/20 2¾ Mill. £ betrug, ist er im gegenwärtigen Jahr auf 1¼ Mill. £ zurückgeschraubt. Eine Reihe Abteilungen gehen ein: so am 30. 6. die 1800 Food Control-Committees, deren Tätigkeit, soweit sie noch ausgeübt werden muß (lokale Kontrolle des Handels und der Produktion), an den Divisional Food Controller übergeht. Weiter geht die Abteilung für lebendes Fleisch und Vieh im Vereinigten Königreich im Juli ein; diese Abteilung besaß ein Personal von 900 Angestellten, überwachte 1800 Märkte und stand in Verbindung mit 500 000 Landwirten und 31 000 Schlachtern; sie wird überflüssig durch Aufhebung der Fleischkontrolle. Dagegen ist es wie gesagt noch nicht möglich, alle Kontrollen abzuschaffen. Der Nahrungsmittelkontrolleur führte am 6. 5. hierzu im Parlament aus, es sei freilich wahr, daß das Nahrungsmittel-Ministerium ein Kriegsministerium sei, aber es habe nicht nur Krieg mit Deutschland, sondern auch mit dem Nahrungsmittelwucher und den hohen Preisen zu führen, und es habe sich gezeigt, z. B. bei der Aufhebung der Kontrolle für Rindvieh, daß man mit der äußersten Vorsicht hierin zu Werke gehen müsse. Vor allem der Umstand, daß starker Mangel in der ganzen Welt an Weizen und Zucker herrscht, mache es erforderlich, daß das Ministerium noch beibehalten bleibe. Für den Mangel an Zucker werden die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Zentraleuropa und die Zunahme des Konsums in den Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht; der Ankauf der gesamten Zuckerernte von Mauritius, die ungefähr die Hälfte des Konsums in England decken dürfte, sei in diesem Zusammenhang erwähnt. Der Weltmangel an Weizen macht sich in England durch den Rückgang der Weizenanbaufläche um schätzungsweise 300 000 acres verstärkt fühlbar, und der Ausfall an Butter aus Sibirien und vom Kontinent wird ebenfalls durch den Rückgang der irischen Butterproduktion (schätzungsweise um die Hälfte) verschärft. Für diese Nahrungsmittel muß daher in erster Linie das Ministerium noch auf lange Zeit hinaus bleiben.

Dr. Th. Plaut

Rußland

Tatsachen zur Frage der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland

Italien, Schweden und Dänemark, sowie eine Reihe der sog. Randstaaten haben bereits mit Rußland Verträge verschiedenster Art über die Aufnahme von Handelsbeziehungen abgeschlossen, England, Frankreich, Belgien, Norwegen, Holland, die Tschecho-Slowakei und die meisten übrigen Randstaaten sowie Japan verhandeln seit längerer Zeit. Nur die Vereinigten Staaten und — Ungarn stehen auf einem prinzipiell ablehnenden Standpunkt. Vom Deutschen Reich ist zu sagen, daß es vielleicht ganz gerne verhandeln würde, sich aber erstens nicht recht dazu entschließen kann und zweitens voller Bedenken ist. Wie lange dieser Zustand der völligen Politiklosigkeit noch dauern wird, ist nicht abzusehen. Gewiß ist es auch möglich, gewisse Geschäftsverbindungen ohne vorhergehende offizielle Regierungsverhandlungen anzuknüpfen, — was in der Tat ja auch geschieht. Wäre es aber nicht doch endlich an der Zeit, sich zu überlegen, daß durch derartige Verhandlungen sich viele Einzelfragen über die russischen Rohstoffe, die Möglichkeit des Absatzes usw. klären würden und vor allem diesem Zustande der völligen politischen Unsicherheit Rußland gegenüber ein Ende gesetzt werden sollte. Ich habe an dieser Stelle mehrfach darauf hingewiesen, daß es nicht angeht, einfach zu erklären, Rußland habe und besitze nichts, also könne es uns vorläufig nichts bieten. Rußland kann uns allerhand bieten — man gebe nur unseren Geschäftsleuten die Möglichkeit, sich in Rußland umzutun, man schaffe nur erst die Hindernisse, die heute noch bestehen, durch Verhandlungen aus dem Wege — und dann wird es sich schon erweisen, was in Rußland zu tun wäre. Dadurch jedoch, daß amtlicherseits in dieser Richtung nichts geschieht, wird nur Zeit verloren und — allen anderen Staaten ein nicht zu unterschätzender Vorsprung überlassen. Die Schaffung des Kopenhagener Internationalen Clearinghauses zeigt dies. Krassin hat damit englisch-dänischen Firmen außerordentliche Vorteile gewährt. Alle Geschäfte, die in Zukunft zwischen europäischen Unternehmungen und den großen russischen Verbänden abgeschlossen werden, sollen fortab über diese Zentrale in Kopenhagen geleitet werden, was unbedingt von großem Nachteile für uns ist. Es haben bereits eine ganze Reihe von großen Abschlüssen stattgefunden. Es wäre widersinnig, zu behaupten, alle daran beteiligten dänischen, schwedischen und englischen Firmen und Banken handelten hierbei voreilig oder erwiesen Herrn Krassin dabei besonderes Entgegenkommen. Sicherlich nicht. Es handelt sich um ganz reale Geschäfte, bei denen die Zahlungen, die Rußland zu leisten hat, sicher gestellt sind. Spricht dies nicht genug gegen die Auffassung

derjenigen, die in der deutschen Presse behaupten, man könne sich auf irgendwelche Geschäfte, Abmachungen und Verträge mit Rußland nicht einlassen? Es seien einige Tatsachen angeführt. „Svensk Handelstidning" v. 21. 5. 20 teilt mit:

„Der Advokat Wilhelm Hellberg gibt über die in Kopenhagen getroffenen Abkommen mit Ermächtigung des Präsidenten des Allrussischen Verbandes der Konsumvereine, L. B. Krassin, sowie der Vertreter des schwedischen Konzerns folgende Einzelheiten bekannt:

Die jetzt abgeschlossenen Verträge bezwecken die Herstellung von Absatzmöglichkeiten für die schwedische Industrie und die Deckung des unentbehrlichen Bedarfs an Industrieprodukten für den russischen Markt. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Lokomotiven, Lokomotivbestandteile, landwirtschaftliche Geräte, Lokomobilen, Separatoren, Sensen, Sägen, Äxte usw. Als Gegenleistung werden der schwedischen Industrie Rohwaren zugesichert.

Der Industriekontrakt selbst bezieht sich auf die Lieferung schwedischer Industrieerzeugnisse im Werte von 100 Millionen schwedischer Kronen. Die Bezahlung erfolgt durch Akzepte auf sechs Monate, die zweimal verlängert werden können. Die Sicherheit wird durch den Wert der russischen Kompensationswaren vermehrt, deren Wert unter denselben Bedingungen wie bei der gewährten Goldsicherheit in Höhe von 25 Millionen Kronen deponiert wird.

Der Lieferungsvertrag auf Lokomotiven bezieht sich auf die Lieferung von schwedischen Lokomotiven im Laufe von sechs Jahren, von denen die ersten dem üblichen schwedischen Typ angehören, während sich die Bauart der übrigen nach einem noch zu treffenden Abkommen richten wird. Sämtliche Lokomotiven werden bar bezahlt und Centrosojus (russische Bezeichnung des obengenannten Verbandes) gewährt schon jetzt einen bedeutenden Vorschuß."

Die „N. Hamb. Ztg." Nr. 309 läßt sich aus Kopenhagen melden:

Ein russisches Konsortium hat die Lokomotivenfabrik Nydkvist & Holm in Göteborg angekauft. Die Gruppe vertritt die russische Räteregierung und wird die Fabrik ausschließlich zur Herstellung von Eisenbahnmaterial für Sowjet-Rußland benutzen. Das Kapital ist auf 6 Mill. Kr festgesetzt.

„Der Osten" (Danzig Nr. 40) teilt mit:

„In England ist soeben der erste Flachs aus Rußland eingetroffen, der dort zu dem sehr hohen Preise von 400 £ für die Tonne verkauft wurde. Es ist also schon offenbar seit einer Reihe von Wochen gelungen, Handelsbeziehungen mit Rußland aufzunehmen. Dieser erste russische Flachs kam über Reval."

„Daß ein gewisser Handel mit Rußland bereits im Gange ist, zeigt beispielsweise ein Bericht aus Narva, wonach dort am 29. 5. 13 Eisenbahnwagen mit Flachs aus Rußland eintrafen, während nach Rußland abgefertigt wurden 5 Wagen Papier, 2 Wagen Sohlleder und 39 Wagen landwirtschaftliche Maschinen."

„Das russische Golddepot, das als Sicherheit für das zwischen Centrosojus und dem schwedischen Exportkonsortium getroffene Lieferungsabkommen dienen soll, ist laut Politiken bereits in Stockholm eingetroffen. Das Gold wurde in Kisten von je 40 kg und im Gesamtwert von 17 Mill. Kr an die Nordische Handelsbank in Stockholm abgegeben. Der Handelsverkehr zwischen Schweden und Rußland ist demnach nunmehr offiziell im Gange. Eine Störung seitens der in der Ostsee stationierten französischen Kriegsschiffe wird in Schweden nicht befürchtet."

„Der Athener Börse zufolge haben griechische Bankiers beschlossen, eine Gesellschaft zu gründen, um den Kurs der Romanow- und Kerenski-Rubel festzustellen. Diese Gesellschaft hat die Absicht, alle im Lande umlaufende Rubel zusammenzukaufen und sie mit Obligationen zu bezahlen. Mit dem Geld will sie Einkäufe in Rußland für Griechenland machen."

„Zufolge „Dagens Nyheter" besteht die Absicht, in Schweden eine russische Buchindustrie zu begründen, deren Erzeugnisse nach dem Eintritt ruhiger Verhältnisse nach Sowjetrußland ausgeführt werden sollen. Die angesehensten Buchdruckereien Schwedens dürften sich für die Sache interessieren. Bei Hasse W. Tulbergs förlag sollen bereits eine Anzahl Werke in Arbeit sein. Der erste Band einer geplanten russischen Klassikerbibliothek erscheint dieser Tage im Buchhandel. Außerdem befindet sich eine gemeinverständlich wissenschaftliche Folge zur Belehrung des russischen Volkes über kulturelle und praktische Fragen in Vorbereitung."

„Ausgehend von der Bedeutung des Handels zwischen Norwegen und Rußland schlägt der norwegische Regierungsausschuß zur Wiederanbahnung des Handels mit Rußland nach genauer Prüfung der wirtschaftlichen Grudlagen Rußlands folgendes vor: Gewährung freien Schiffsverkehrs zwischen Rußland und dem nördlichen Norwegen, Bezahlung norwegischer Fischlieferungen mit Gold oder fremden Valuten, Vorbereitung weiteren Warenaustausches, Errichtung von Verkaufsstellen in Nordnorwegen, Zulassung russischer Geschäftsleute und Entsendung norwegischer Handelsstipendiaten nach Rußland."

„Der Revaler Korrespondent der „Morning Post" hat seinem Blatt berichtet, daß die bolschewistische Regierung 1000 Lokomotiven zur Reparatur nach Deutschland sendet, von denen 500 auf den Vulkanwerken ausgebessert werden sollen (?). Ferner sollen von Rußland 114 Lokomotiven in den Vereinigten Staaten angekauft und in Gold bezahlt worden sein. Diese Partie ist angeblich schon in Schweden eingetroffen. Estland habe 960 Waggonladungen mit Kartoffeln nach Rußland geschickt und in Petersburg eine große Außenhandelsstelle errichtet."

Die in London erscheinende Zeitschrift „New Russia" macht folgende Angaben über das der Sowjetregierung zur Verfügung stehende Gold: In Sibirien Koltschak abgenommen — 413 Mill. Goldrubel, in Moskau verblieben — 483 Mill. Goldrubel, im ganzen 896 Mill. Goldrubel. In der Bank von Frankreich befinden sich 150 Mill., in England 525 599 £, die seit der Oktoberrevolution beschlagnahmt sind. Sonstige Guthaben im Auslande, die der russischen Staatsbank gehören — 68 Mill. £. Wenn diese Summen natürlich auch nicht entfernt genügen, um, wie die „D. Allg. Ztg." ausführt, eine Wareneinfuhr, die den ungeheuren Bedürfnissen Rußlands entspräche, zu bezahlen, so sind sie zur Einleitung von Geschäften dennoch ansehnlich, was das angeführte Blatt nicht zugeben zu wollen scheint.

Die Warenmengen, die Krassin für den Export als verfügbar bezeichnet, sind sicherlich übertrieben, doch befinden sich unter ihnen auch eine Reihe solcher, deren Vorhandensein nicht einfach fortgeleugnet werden kann. Da die ersten Lieferungen schwedischer und englischer Lokomotiven — es sind 200 genannt worden — in Reval bereits eingetroffen sind, so werden die greifbarsten wohl ausgeführt werden können. Es werden also auch diese Angaben nicht schlankweg als Bluff bezeichnet werden können. Die Liste der von Krassin offerierten Exportwaren ist folgende: 15 Mill. t Weizen, 2—3 Mill. t Petroleum und ähnliche Produkte, 5 Mill. t Flachs, mehrere Mill. Schaffelle, 3000 t Hopfen, 3000 t roter Kaviar, 100 t schwarzer Kaviar, 4000 t Harz, 200 t Terpentin, 400 t Schweineborsten, 800 t Roßhaar, 10 000 t Mineralöle, 250 000 t Salz, 2—3 Mill. Stück Leder (Häute, Ia Qualität, 500 000 Stück Bauholz (Pfosten). Hierzu wäre außerdem zu bemerken, daß die Getreidemengen der Ukraine — die von Ukrainern, unter anderm dem Vorsitzenden der ukrainischen Konsumgenossenschaften Baranowsky, der keineswegs Bolschewist, vielmehr Gegner der Sowjetregierung ist, als sehr ansehnlich bezeichnet worden sind — jetzt in der Gewalt der Sowjetregierung sind. Die Ernteaussichten Großrußlands sind, dank den

Arbeitsarmeen, die im Don- und Uralgebiet günstige Resultate bei der Instandsetzung der bäuerlichen Wirtschaften gehabt haben sollen, günstigere als im Vorjahre.

> „Am besten ist es um das mittlere Wolgagebiet und um die südlich von Moskau liegenden Gouvernements bestellt. Hier wird fast das ganze frühere Gutsbesitzerland von den Bauern bearbeitet, der übrige Teil ist von den Volkswirtschaftsräten übernommen worden. — In den nordöstlichen Gouvernements wird im laufenden Jahr ein bedeutend größerer Teil unter Aussaat genommen werden können als im verflossenen Jahr, so daß die Ernte sich voraussichtlich verdreifachen wird. — In den nördlichen und nordwestlichen Gouvernements ist es noch nicht gelungen, das gesamte ehemalige Gutsbesitzerland wieder in Bearbeitung zu nehmen. Infolge des hier herrschenden Hungers sah sich die örtliche Bevölkerung gezwungen, die Gemüseanbaufläche zu verdoppeln. In den Gegenden, die durch den Krieg nicht verheert wurden, war die Anbaufläche im Jahre 1919 ebenso groß wie im vorhergehenden Jahre. In den vom Krieg betroffenen Orten dagegen konnte nur ein ganz geringer Teil unter Aussaat genommen werden. („Ekonomi. Schisk.", nach der „Ind.- u. Handelsztg." Nr. 119.)

Einer deutschen Handelsorganisation ist von einem Vertrauensmanne von 300 000 nordrussischer Kleinwirtschaften der Bedarf von 19 verschiedenen Warengruppen angemeldet worden. Das Organ des Vereins regt seine Mitglieder zur Lieferung dieser sehr zahlreichen Maschinen, Geräte, Manufakturwaren usw. öffentlich an. —

Wie im „W.-D." an dieser Stelle bereits mehrfach betont, ist ein anderer Vorschlag, den Krassin namens der Sowjetregierung gemacht hat, weit bedeutsamer und aussichtsreicher, als die Lieferung noch so sicher gestellter Warenmengen. (Schon einfach deswegen, weil Europa garnicht soviel überflüssige Exportartikel und Fertigfabrikate besitzt, wie Rußland sie benötigt, ganz abgesehen von den immensen Transportschwierigkeiten, die zur Folge haben könnten, daß die gelieferten Waren in Petersburg und Reval liegen bleiben!) Ich meine das Projekt der Konzessionserteilung an ausländische Kapitalisten. Krassin hat hierüber einem Vorstandsmitglied des Deutsch-Russischen Vereins in Kopenhagen folgende Angaben gemacht, den Entwurf Lomows (s. „W.-D." Nr. 16) damit bestätigend und ergänzend:

> „Diese Konzessionen können der Natur der Sache nach zweierlei Art sein:
>
> 1. Konzessionen auf Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes, d. h. auf Gewinnung solcher Rohstoffe, welche nach dem Auslande exportiert werden können,
>
> 2. Konzessionen auf Errichtung von Fabriken, welche Gegenstände herstellen, die für den russischen Verbraucher bestimmt sind.
>
> Die Waldkonzessionen, die in erster Linie in Betracht kämen und am schnellsten vorteilhaft realisiert werden könnten, da die Nachfrage nach Holz eine große ist, stellen natürlich nur einen Teil derjenigen Konzessionen dar, welche Rußland zu gewähren imstande ist. K. wies u. a. darauf hin, daß im Turkestan bei entsprechender Kultur genügend Baumwolle gezogen werden könne, um nicht nur Rußland, sondern z. B. auch alle Baumwollspinnereien Deutschlands mit Rohstoffen versorgen zu können, und die Sowjetregierung würde, sobald sich eine Möglichkeit des Abtransportes der Baumwolle aus dem Turkestan ergeben sollte, gern Konzessionen für den Anbau von Baumwolle in großem Maßstabe an ausländische Kapitalisten erteilen. Auch wäre es möglich, große weizenbauende Kolonien in Rußland zu schaffen, wobei den fremden Kolonisten eine Art wirtschaftliche Autonomie zugestanden werden sollte.
>
> Als weitere Arten von Konzessionen, bei denen sich der Konzessionär durch Rohstoffe bezahlt machen kann, erwähnte K. den Bau von Wasserstraßen, wie z. B. eines Wolga-Don-Kanals. Durch den Bau eines solchen Kanals würde die Möglichkeit geschaffen, Getreide und Holz auf dem Wasserwege bis ans Meer zu befördern, und der Konzessionär könnte für die von ihm eingeführten maschinellen Anlagen durch eben diese Produkte, soweit sie in der Nähe der Wasserstraßen liegen, entschädigt werden. Zu derselben Kategorie von Konzessionen gehört der Bau von Eisenbahnen in waldreichen Gegenden. Die Entschädigung des Konzessionärs erfolgt hier durch Holz. Ferner der Bau einer Rohrleitung für Petroleum zwischen Grosny und Noworossisk — Entschädigung der Konzessionäre durch Petroleum. Für dieses letztere Projekt soll bereits in Schweden Interesse geweckt worden sein."

Diese Nachrichten und Angaben zeigen alle, daß Europa endlich beginnt und mit Recht beginnen kann, die Frage der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland so zu behandeln, wie sie angefaßt werden muß: als ein praktisch wirtschaftliches Problem von größter Bedeutung. Die Bolschewisten sind nicht mehr, die sie waren. Sie sind praktischer geworden. Werden auch wir praktischer und hören wir endlich damit auf, aus lauter Furcht vor dem Bolschewismus die dringendsten Bedürfnisse unserer Wirtschaft, zu denen der Handel mit Rußland gehört, fortlaufend zu vernachlässigen. J. M. Keynes, der heute so viel zitierte, sagt in seinem klassischen Buche:

> „Die Welt kann nicht genesen, wenn das russische Lebensmittel- und Rohstoffreservoir ungenutzt bleibt. Diese Aufgabe zu lösen, bleibt der deutschen Unternehmungslust und der deutschen Organisationsgabe vorbehalten. In unserem — englischen — Interesse ist es, den Tag zu beschleunigen, an dem deutsche Vertreter und Organisatoren in der Lage sein werden, in jedem russischen Dorf die Impulse des wirtschaftlichen Antriebs zu geben . . .
>
> Wenn wir nicht zugeben, daß Deutschland sich durch Warenaustausch mit Rußland hält, so muß es unvermeidlich unser Wettbewerber um die Ernten der neuen Welt werden. Mit je größerem Erfolg wir die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland zerstören, desto tiefer werden wir den Stand unserer eigenen Wirtschaftsführung herabdrücken und desto mehr den Ernst unserer inneren politischen Probleme verschärfen."

Es ist nichts darüber bekannt geworden, daß die Entente uns verwehrt hätte, mit Herrn Krassin uns ebenso zu verständigen, wie Lloyd George es versucht. Sollte dies, wie der „Vorwärts" andeutet, etwa der Fall sein, so wäre es Aufgabe unserer Regierung, die Entente darauf aufmerksam zu machen, wie sehr sie sich und die Wiedergutmachungszahlungen dadurch schädigt. Außerdem sollten die diesbezüglichen Tatsachen bekannt gemacht werden, damit die Welt weiß, daß wir jedenfalls unser Möglichstes tun wollen, um uns zu diesen Zahlungen fähig zu machen. Krassin selbst hat mehrfach betont, an Deutschland liege ihm mehr wie an England. Krassin hat sagen lassen, er würde sich, sobald seine Aufgaben in London gelöst sind, an Deutschland wenden. Es muß von unserer neuen Regierung bestimmt erwartet werden, daß sie nicht in den Fehler der alten verfällt und glaubt, die deutsch-russischen wirtschaftlichen Beziehungen weiter vernachlässigen zu dürfen.

Dr. Hans von Eckardt

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg 29. 6. ℳ	Berlin 29. 6. ℳ	Amsterdam 29. 6. fl	Zürich 29. 6. fr
Amsterdam, 100 fl	1342,50	1346,15	—,—	198,—
Barcelona, 100 Pesetas	628,75	626,85	46,75	91,25
Berlin, 100 ℳ	—,—	—,—	7,30	14,40
Brüssel, 100 fr	327,—	328,65	24,35	47,60
Budapest, 100 K	24,50	24,22	—,—	—,—
Buenos Aires 100 Pes.	—,—	—,—	—,—	237,—
Helsingfors, 100 FM.	170,—	167,80	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 Kr.	615,—	611,65	45,35	90,50
Kristiania, 100 Kr.	622,50	626,85	46,50	94,50
London, 1 £	149,—1/4	150,10	11,10 1/2	21,78
Madrid, 100 Pesetas	628,75	626,85	46,75	91,25
New York, 1 $	38,—	37,70	2,82	5,50
Paris, 100 fr	310,—	313,70	23,10	45,15
Prag, 100 K	87,50	87,15	—,—	12,85
Rom, 100 Lire	240,—	231,25	—,—	33,05
Stockholm, 100 Kr	838,75	841,65	62,40	121,—
Wien, 100 K neu	26,37 1/2	26,02	1,95	3,85
Zürich, 100 fr	690,—	682,30	51,10	—,—

	Wien 28. 6. K	Prag 26. 6. K	Paris 25. 6. fr	London*) 26. 6.	New York 28. 6. $
Amsterdam, 100 fl	5875,—	1558,50	432,—	11,13	—,—
Berlin, 100 ℳ	440,—	116,75	32,75	148,—	2,68
Kopenhagen, 100 Kr	2500,—	718,50	208,50	24,04	—,—
London, 1 £	580,—	171,25	47,75	—,—	3,91 60 Tg.
New York, 1 $	148,—	42,—	12,03	3,97	—,—
Paris, 100 fr	1200,—	354,—	—,—	48,10	8,24
Wien, 100 K	—,—	26,20	—,—	—,—	—,—
Zürich, 100 fr	2790,—	778,50	218,50	—,—	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

29. 6.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	−87,68	−88,33	−81,77	−86,50	—
Dt.-österr. Krone	−96,13	−96,34	—	—	—
Französ. Frank	−51,87	−54,85	−29,51	−47,92	—
Pfund Sterling	− 8,30	−13,64	+32,98	− 1,43	—
Dollar	+13,35	+ 6,17	+64,07	+21,39	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	17. 6.	25. 6.
Alexandrien	97 7/16 d pari	97 7/16 d pari
Bombay/Kalkutta	1 s 10 1/2 d—1 s 11 d	1 s 10 3/4 d—1 s 10 5/8 d
Hongkong	3 s 6 1/2 d	3 s 7 d
Schanghai	4 s 6 d—4 s 10 d	4 s 10 d—4 s 11 1/2 d
Singapore	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d	2 s 3 3/4 d—2 s 4 1/32 d
Yokohama	2 s 6 3/4 d—2 s 7 d	2 s 6 3/4 d—2 s 7 1/8 d
Montevideo T.T.	58 d—58 1/2 d	55 1/2 d—56 1/2 d
Rio de Janeiro	14 3/4 d	14 19/32 d
Buenos Aires T.T.	57 5/8 d—57 7/8 d	57 d—57 1/8 d
Valparaiso 90 T.	11 11/32 d	—

Geldverfassung und Währungspolitik

Um der großen Ausfuhr der Goldmünzen der Vereinigten Staaten nach Südamerika zu begegnen, nahm die Münze in Philadelphia die seit Ende 1915 unterbrochenen Prägungen wieder auf. Seitdem waren nur 1916 in San Francisco einige Goldmünzen für lokalen Bedarf geprägt worden, mit Ausnahme der 1917 geprägten Mac Kinley-Gedächtnis-Dollar. Es wurden zunächt 20 $-Stücke geprägt, die in Südamerika besonders beliebt sind. Folgende Übersicht zeigt die Gesamtprägungen von Goldmünzen in den letzten Fiskaljahren:

	Unzen (fein)	Wert in $
1910	2 301 628	47 578 875
1911	5 753 022	118 925 513
1912	616 737	12 749 090
1913	1 454 067	30 058 227
1914	1 288 024	26 625 810
1915	1 960 823	40 533 810
1916	1 503 369	31 077 409
1917	59 503	1 230 040

(„Wall Street Journal", Nr. 105 v. 8. 5. 20.)

Senator Pittmann erklärte, daß die amerikanische Regierung das im Lande erzeugte Silber unter dem bestehenden Gesetz auch dann für 1 $ die Unze ankaufen würde, wenn der Marktpreis weiter sinken würde. („Wall Street Journal", Nr. 113 v. 18. 5. 20.)

Wie aus Wladiwostok vom 6. 6. 20 gemeldet wird, gibt die dortige Zemstwo Regierung neue Noten aus, die gegen die bisher umlaufenden im Verhältnis von 2 : 1 eingetauscht werden sollen. Zunächst sollen 150 Mill. Rbl ausgegeben werden, deren Deckung in Gold, Silber und Platin im Werte von 71 Mill. Goldrubel besteht. Das alte Geld wird nach einer Frist von 10 Tagen außer Kurs gesetzt. Valutaoperationen und Verträge in fremden Valuten werden mit Gefängnis bestraft. Bestehende Verpflichtungen sind so umzudecken, daß 100 neue Rbl gleich 200 alten sind. Die Noten der Zarenregierung und der Kerenski-Zeit werden durch die Reform nicht betroffen. Die Sowjetregierung soll angeblich ihr Einverständnis mit ihr bekundet haben. („Times", Nr. 42431 v. 8. 6. 20)

Staatsanleihen

Nach einer Veröffentlichung des Reichsfinanzministeriums betrug die schwebende Schuld Deutschlands am 30. 4. 20 an diskontierten Schatzanweisungen 94 992 Mill. ℳ, an weiteren Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln 13 489 Mill., an Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln 8667 Mill., zusammen 117 149 Mill. ℳ. („Industrie- u. Handels-Ztg.", Nr. 138 v. 26. 6. 20.)

Nach einer Mitteilung des Kriegsdepartements haben die Vereinigten Staaten an die Alliierten 894 Mill. $ gezahlt, davon 748 Mill. an Frankreich und 113 Mill. an England. Durch Verkauf von Kriegsmaterial ans Ausland erzielte Amerika 823 Mill. $. („Financial News", Nr. 10 986 v. 8. 6. 20.)

Für 2 Mill. £ fällige französische Schatzscheine sollen an England zurückgezahlt werden. Diese Schatzscheine wurden zu Anfang des Krieges in England untergebracht und im letzten Jahre verlängert. („Times", Nr. 42 443 v. 22. 6. 20)

Vom 1. 7. an können 4 1/2 proz. spanische Schatzwechsel mit einer Laufzeit von 6 Monaten bis zum Betrage von 300 Mill. Pesetas gezeichnet werden. Es sind Vorbereitungen zu einer amtlichen Kursnotierung in Frankreich getroffen. („Times", Nr. 42 440 v. 18. 6. 20.)

Die Verhandlungen zwischen Finnland und den Vereinigten Staaten hatten das Ergebnis, daß Finnland ein kurzfristiger Kredit eingeräumt wird. Die Anleihesumme im Betrage von 100 Mill. FM ist der finnischen Regierung bereits übergeben worden. („Industrie- u. Handels-Zeitung", Nr. 136 v. 24. 6. 20.)

Der Betrag der indischen Rupienanleihe ist unbeschränkt. Die Ausgabe erfolgt in zweierlei Form. Der eine Teil wird zu 95 % ausgegeben, gibt 5 % Zinsen und wird 1945 bis 1955 zurückbezahlt. Ein besonderer Fonds wird angelegt, um den Kurswert nicht unter den Ausgabekurs sinken zu lassen. Der andere Teil wird auf 10 Jahre ausgegeben (Rückzahlung 1930) bei 6 % Zinsen und zu Parikurs. Beide Anleihen sind von der indischen Einkommensteuer befreit. Die Zeichnung kann vom 5. 7. bis 14. 8. erfolgen. („Times", Nr. 42 443 v. 22. 6. 20.)

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1919 bzw. 1919/1920

Namen Ort	Rechnungsjahr endend	Aktien-Kapital	Vorrechts-Anleihen Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial-Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Abschreibungen Summe in 1000 M.	Abschreibungen in % vom Wert	Reingewinn (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden 1919/20	1918/19	1917/18	1916/17	1915/16
		in 1000 M.												
1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12	13	14
Gebr. Böhler & Co. A.-G., Berlin	31/12	25 000	—	8 000	212	1 146	13,03	4 103	15,85	12	12	26	30	24
Donnersmarckhütte, Oberschles. Eisen- und Kohlenwerke A.-G., Hindenburg	31/12	15 138	17 357	4 317	1 185	2 400	10,84	2 853	13,83	15	12	22	18	18
Oberschles. Eisen-Industr. A.-G., Gleiwitz	31/12	28 000	24 239	2 800	1 269	7 800	17,66	5 031	22,80	14	14	14	10	6
Schles. A.-G. für Bergbau- u. Zinkhüttenbetrieb, Lipine	31/12	27 279	7 500	11 048	150	1 500	6,98	*) 619	1)	0	6	20	18	15
Bergwerksgesellschaft Hibernia, Herne	31/12	70 000	14 458	18 344	3 600	11 104	11,—	1 335	11,57	St. 0 V. 4½	7½ 4½	10 4½	15 4½	11 4½
Mülheimer Bergwerksverein, Mülheim	31/12	14 000	3 600	1 400	?	1 810	10,38	1 571	17,75	11	10	11	11	10
Consolidierte Alkaliwerke, Westregelin	31/12	25 624	—	7 582	137	1 762	23,80	9 451	33,63	2)				
Deutsche Salpeterwerke, Fölsch & Martin Nachflg. A.-G., Hamburg	31/12	11 634	—	719	?	—	—	*) 1264	10,—	0	0	6	6	0
Kaliwerke Großh. v. Sachsen A.-G., Weimar	31/12	9 000	7 000	1 589	4 115	5 592	41,45	1 511	32,73	12	0	0	0	0
Portland-Cementwerk, Heidelberg-Mannh.	30/11	20 600	2 892	3 221	325	1 919	12,80	2 212	15,28	10	10	12	6	4
Bing-Werke vorm. Gebr. Bing A.-G., Nürnb.	31/12	15 075	13 653	9 539	51	780	1,73	4 626	14,11	?	18	20	20	18
Deutsche Waffen- u. Munitionsfabr., Berlin	31/12	30 000	—	5 096	1 390	—	—	13 197	23,34	30	30	30	30	30
Dürener Metallwerke A.-G., Düren	31/12	4 000	—	1 500	1 070	—	—	653	9,87	15	15	25	25	20
Eisenhütte Silesia A.-G., Paruschawitz	31/12	10 000	2 535	1 034	764	968	15,—	2 176	21,90	14	14	21	18	7
Hugo Schneider A.-G., Leipzig	31/12	7 000	4 000	3 500	1 566	1 826	28,50	2 555	27,27	25	30	20	20	20
Württembg. Metallwarenfabr., Geislingen	31/12	6 750	1 642	5 281	13 577	—	—	4 045	14,87	16	18	20	15	15
Adlerwerke vorm. H. Kleyer A.-G., Frankf.	31/10	18 000	80	15 892	2 651	2 730	21,97	1 642	11,94		10	15	30	25
Daimler Motoren-Ges., Stuttgart	31/12	32 000	—	9 412	1 333	—	—	3 190	7,47	5	6	30	35	28
Fahrzeugfabrik Eisenach, Eisenach	31/12	4 500	1 014	2 250	45	178	5,70	598	9,95	10	10	25	25	25
Ludwig Loewe & Co. A.-G., Berlin	31/12	10 000	16 406	7 504	514	1 724	14,15	2 028	10,90	18	20	32	32	35
Lokomotivfabrik Kraus & Co., München	31/12	4 900	1 220	554	1 618	176	8,49	715	10,74	10	8	8	6	4
Maschinenfabr. Buckau A.-G., Magdeburg	31/12	6 000	1 623	685	473	916	20,—	939	21,13	13	10	12	10	8
Maschinenfabrik Eßlingen, Eßlingen	31/12	6 000	4 897	2 574	14 538	1 000	5,04	635	5,82	3	9	12½	10	5
Singer Co. Nähmaschinen A.-G., Berlin	31/12	15 000	—	—	7 096	862	16,83	*) 512	—	0	0	0	0	0
A.-G. „Neptun", Schiffswerft u. Maschinenfabrik, Rostock	31/12	4 000	1 894	915	917	635	16,20	835	21,95	8	10	10	10	6
Bremer Vulkan, Schiffbau u. Maschinenfabrik Vegesack	31/12	10 000	1 125	3 064	384	2 383	28,70	2 898	36,24	15	12	20	12½	11
Deutsche Werft A.-G., Hamburg	31/12	10 000	—	—	—	2 719	12,48	*) 2 276	—	0				
Howaldtswerke Kiel	30/9	10 000	2 108	2 028	332	923	11,05	2 038	20,46	12	5	8	8	6
Securitas-Werke A.-G., Bochum	31/12	9 000	11 591	194	1 361	1 241	5,95	98	6,05	0	0			
A.-G. Mix & Genest, Berlin	31/12	83 000	7 287	12 143	?	5 308	43,25	9 761	14,70	18	0	15	18	18
Bergmann-Elektrizit.-Werke A.-G., Berlin	31/12	52 000	19 385	17 727	8 914	1 937	11,04	8 489	10,63	12	12	12	10	10
Dr. Paul Meyer A.-G., Berlin	31/12	6 000	963	450	23	72	3,42	639	9,55	?	10	10	7½	7½
Deutsch-Überseeische Elektr.-Ges., Berlin	31/12	150000	101074	36 876	24 546	4 466	2,08	1 544	1,92	3)			St. 7 V. 6	10 6
Ges. für elektr. Unternehmungen, Berlin	31/12	60 000	37 582	10 018	1 065	—	—	5 235	4,81	8	6	5	5	6
A.-G. Chem. Fabrik „Rhenania", Aachen	31/12	12 000	3 141	4 778	268	1 000	7,02	4 723	18,—	25	10	25	25	20
Chem. Fabr. Griesheim-Elektren, Frankf.	31/12	63 000	8 250	13 200	3 332	4 227	20,—	6 963	19,—	12	7	16	22	16
Chemische Fabriken vorm. Weiler-ter Meer, Merdingen	31/12	*) 23296	2 670	3 381	2 289	610	10,43	2 583	14,15	12	10	12	12	12
Kalle & Co. A. G., Bieberich	31/12	6 000	3 296	2 000	400	237	6,87	2 217	20,98	14	7	10	10	10
Verein Chemisch. Fabriken, Mannheim	31/12	5 200	4 000	4 050	154	239	2,75	*) 2 289	—	0	12	20	20	20
Badische Anilin- u. Soda-Fabr., Ludwigshaf.	31/12	130500	66 995	49 301	2 912	60 867	11,98	27 025	35,20	18	12	20	32	20
Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen	31/12	252000	23 697	43 570	?	7 222	30,76	27 222	10,07	18	12	20	28	20
Farbwerke Meister, Lucius & Brüning, Höchst a. M.	31/12	252000	35 209	37 693	2 742	15 530	25,97	24 217	12,13	14	12	18	25	20
Köln-Rottweil A.-G., Berlin	31/12	66 000	—	14 787	4 769	12 673	51,86	9 178	25,54	16	15	20	20	35
Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff A.-G. Chemische Fabriken, Berlin	31/12	10 000	—	1 900	5 608	—	—	574	3,29	5	25	25	25	25
A.-G. für Gas und Elektrizität, Köln	31/12	8 000	6 274	706	2 935	720	4,70	9	4,07	0	0	0	6	0
Gasbetriebsgesellschaft A.-G., Berlin	31/12	5 000	—	326	322	—	—	16 735	5) 296,31	12	6			
Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Leipzig	31/12	12 000	2 757	4 413	1 540	1 653	32,02	3 215	23,51	20	10	6	6	10
Nordd. Wollkämm. u. Kammgarnsp., Bremen	31/12	22 500	4 574	9 000	446	1 035	6,87	15 402	41,11	6) 12	10	12	10	10
Sächsische Wollgarnfabrik vorm. Tittel & Krüger, Leipzig	31/12	5 000	1 652	1 000	105	300	10,64	2 784	39,70	7) 10	10	12	10	10
Tüllfabrik Flöha A.-G., Plauen	31/12	5 000	34	500	1 270	131	15,88	1 123	18,43	20	16	16	16	12
Reis- u. Handels-A.-G., Bremen	31/3	15 000	5 200	254	2 302	2 500	27,27	3 922	28,22	22	4	5	10	3
Waldorf-Astoria Zigarrettenf. A.-G., Stuttg.	31/12	7 000	200	741	1 105	96	31,11	1 170	26,13	11	10			
Wayss & Freytag A.-G., Neustadt	31/12	8 000	—	2 266	461	919	34,—	2 008	27,30	10	8	10	8	6
Carl Bödiker & Co., Kom'ges. a. A., Hambg.	31/1	5 000	—	680	755	20	25,—	851	13,53	12	0	6	10	15

*) Verlust. 1) Verlustsaldo 591 218 M. 2) Dividende: Stammaktien 15 % und Bonus 200 M. je Aktie. Auf 4 000 000 M Vorzugsaktien 4½ % und auf 6 000 000 M. Vorzugsaktien 5 %. 3) Dividende auf 30 000 000 M. Vorzugsaktien 6 %, 1918 und 1917: 0 %. 4) Eingezahlt 13 624 000 M. 5) Laut Vertrag an die Deutsche Gasgesellschaft 15 506 800 M zu zahlen. 6) Ferner 22 500 Genußscheine zu 500 M., worüber s. Zt. nähere Mitteilungen erfolgen werden. 7) Ferner Vergütung von 500 M. je alte Aktie nach Ausgabe der neuen.

Namen Ort	Rechnungsjahr endend	Aktien-Kapital	Vorrechts-Anleihen Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial-Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Abschreibungen Summe in 1000 ℳ	Abschreibungen in % vom Wert	Reingewinn nach Abschreibungen) in 1000 ℳ	Rentabilität (7+8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden 1919 19/20	1918 18/19	1917 17/18	1916 16/17	1915 15/16
		in 1000 ℳ												
1	2	3	4	5	6	7		8	9	10	11	12	13	14
Act.-Bau-Verein unter den Linden, Berlin	31/12	6 200	24 600	—	79	—	—	470	—	[8]) 0	0	0	0	0
Allg. Boden-A.-G., Berlin	31/12	7 000	—	—	—	—	—	*) 297	—	[9])				
Alsterthal-Terrain-A.-G., Hamburg	31/12	4 000	1 442	—	40	5	—	*) 52	—	0	0	0	0	0
Handelsgesellschaft f. Grundbesitz, Berlin	31/12	11 000	18 801	—	15	—	—	*) 1272	—	[10]) 0	0	0	0	0
Handels- u. Boden-A.-G., Berlin	31/12	10 000	—	435	40	81	0,80	730	7,20	6	0	6	6	
Osthavelland-Terrain-A.-G. am Großschiff.	31/12	4 000	2 314	—	—	—	—	*) 147	—	[11])				
A.-G. f. In- u. Ausl.-Unternehmung., Hambg.	31/12	[12]) 25 000	—	58	2 238	—	—	913	3,33	6	0			
Allg. Deutsche Creditanstalt, Leipzig	31/12	125000	—	57 600	483	516	3,65	16 139	8,82	9	8	9	8	7
Anhalt-Dessauische Landesbank, Dessau.	31/12	12 000	—	2 500	60	—	—	1 328	9,21	7½	7	7	6	5½
Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co., Barmen	31/12	100000	—	20 000	1 466	118	1,82	14 633	12,15	8½	7½	7	6	5½
Commerz- u. Disconto-Bank, Hamburg	31/12	85 000	—	19 500	848	577	6,82	16 040	15,80	9	7	7	6	4½
Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M.	31/12	30 000	—	4 000	?	—	—	3 201	9,41	6	6	6½	6	5½
Essener Creditanstalt, Essen	31/12	92 000	—	25 415	5 049	250	4,50	10 226	8,51	9	9	9	8½	8
Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt	31/12	60 000	—	8 000	1 398	287	2,60	5 648	8,55	8	7	7	6½	5½
Nationalbank für Deutschland	31/12	90 000	—	16 000	926	56	1,09	15 514	14,51	7	5	6	4½	4
Rheinische Creditbank, Mannheim	31/12	95 000	—	16 829	590	—	—	11 327	10,08	7	5	7	6	6
Schleswig Holsteinische Bank, Husum	31/12	8 300	—	3 944	1 521	—	—	1 572	11,43	15	12	12	11	10
Württ. Bankanstalt vorm. Pflaum & Cie., Stuttgart	31/12	10 000	—	4 012	502	—	—	835	5,75	7	7	7	7	6
Schwartzburg. Hypothekenbank, Sondershausen	31/12	5 000	[13])	240	611	—	—	300	5,13	5½	5½	5½	5	5
Württembergische Vereinsbank, Stuttgart	31/12	40 000	[14])	15 700	1 269	—	—	3 340	6,55	7	7	7	7	6
Deutsche Schiffsbeleihungs-Bank, Hambg.	31/12	[15]) 100 0	[15a])	28	23	—	—	172	68,79	5½	3			
Aachener Rückvers.-Ges., Aachen	31/12	[16]) 7200	—	1 223	40 274	—	—	1 242	2,55	46⅔	33⅓	46⅔	46⅔	46⅔
Aach. u. Münch. Feuer-Vers.-Ges., Aachen	31/12	[17]) 9000	50	900	9 743	—	—	1 366	6,91	450	600	600	600	600
Magdebg. Lebens-Vers.-Ges., Magdeburg	31/12	[18]) 6000	—	750	169292	—	—	5 060	?	24	24	24	24	24
„National" Allg. Vers.-A.-G., Stettin	31/12	[19]) 9000	—	2 230	607	—	—	315	2,67	40	35	35	35	33⅓
Nordd. Versicherungs-Bank A.-G., Berlin	31/12	[20]) 5000	180	8 302	—	—	—	670	?	45	35	30	30	30
„Vesalia" Versicherungs-A.-G., Wesel	31/12	[21]) 5000	—	3 554	59	—	—	566	6,57	50	38	30	25	12½
Halberstadt-Blankenburg. Eisenbahn-Ges., Blankenburg	31/12	5 431	9 566	96	2 172	140	?	—	—	0	4½	4½	3	0
Lübeck-Büchener Eisenbahn-Ges., Lübeck	31/12	31 000	15 188	7 178	11 046	760	?	1 924	4,17	3	6	8	7½	7½
Aachener Kleinbahn-Ges., Aachen	31/12	6 000	8 043	598	7 590	1 500	?	*) 308	—	0	7	7½	7½	8½

[8]) Verlustsaldo 50 805 ℳ. [9]) Verlustsaldo 2 921 424 ℳ, Dividende wird laut Statut nicht verteilt. [10]) Verlustsaldo 5 890 767 ℳ. [11]) Verlustsaldo 1 647 270 ℳ, Dividende wird nicht verteilt. [12]) Eingezahlt 6 250 000 ℳ, Dividende auf eingezahltes Aktienkapital. [13]) Pfandbriefe 60 213 800 ℳ im Umlauf. [14]) Hypothekenpfandbriefe 37 624 500 ℳ im Umlauf. [15]) Eingezahlt 25 %. [15a]) 4½ % Pfandbriefe im Betrage von 5 000 000 ℳ im Umlauf. [16]) Dividende auf eingezahltes Aktienkapital; eingezahlt 1 800 000 ℳ. [17]) Eingezahlt 2 700 000 ℳ, Dividende ℳ je Aktie [18]) Eingezahlt 1 200 000 ℳ, Dividende auf eingezahltes Aktienkapital. [19]) Eingezahlt 3 000 000 ℳ, Dividende ℳ je Aktie. [20]) Eingezahlt 1 250 000 ℳ, Dividende ℳ je Aktie. [21]) Eingezahlt 1 250 000 ℳ, Dividende ℳ je Aktie. *) Verlust. *Fab. Landau*

Bei den Gesellschaften, von denen wir keine Jahresabrechnung erhalten haben, sind die Angaben, wie sie im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden, gebracht. Es ist daher öfters die Verteilung des Reingewinnes nicht zu ersehen. Wir ersuchen daher alle Aktiengesellschaften um Zusendung der Jahresabrechnungen.

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburg-Westafrika. Die vor dem Kriege zu gemeinsamem Afrikadienst zusammengeschlossenen deutschen Reedereien, Woermann-Linie, Deutsche Ost-Afrika-Linie, Hamburg-Amerika Linie (Afrikadienst) und Hamburg-Bremer Afrika-Linie kündigen die Wiederaufnahme ihrer regelmäßigen Fahrten nach West- und Südwestafrika an. Am 15. 7. soll der Charterdampfer Pallas (3000 t dw) von der Woermann-Linie über Rotterdam und Lissabon nach Teneriffe, Las Palmas, Bissao, Liberia, Fernando Po, Spanisch-Guinea, Sao Thomé und Angola, am 31. 7. der Charterdampfer Baltica (4700 t dw) von der Deutschen Ost-Afrika-Linie über Las Palmas nach Walfischbay, Lüderitzbucht und Kapstadt von Hamburg aus expediert werden. Jener Dampfer wird lediglich Fracht, dieser außerdem Passagiere — die früher in Südwest ansässig gewesenen Ansiedler, die dorthin zurückkehren wollen — befördern.

Damit beginnt wieder die Betätigung deutscher Schiffahrtsgesellschaften in der Afrikafahrt, wenn auch zunächst mit gecharterten Schiffen. Vor dem Krieg war die Fahrt von Hamburg nach Afrika das einzige Gebiet der großen Ueberseefahrt, auf dem fremde Reedereien, insbesondere englische, neben den oben genannten deutschen in beträchtlichem Umfange beschäftigt waren. Gegenwärtig sind an ausländischen Reedereien, die Fahrten zwischen Hamburg und Afrika unterhalten, zu nennen: nach Westafrika. Rederiaktiebolaget Transatlantic, Gothenburg, Hollandsche Stromboot Maatschappij, Amsterdam, Vereenigte Nederlandsche Scheepvaart Maatschappij, Amsterdam, Société Navale de l'Quest, Paris; nach Südafrika Holland-Südafrika Linie, Rotterdam; nach Süd- und Ostafrika Union Castle Line, London. *A. A.*

Frankreich

Stand und Zukunft der Handelsflotte. In einer bedeutungsvollen Debatte über die französische Handelsflotte in der Deputiertenkammer, die fast drei Sitzungen in Anspruch nahm, gab der jetzige Unterstaatssekretär für die Handelsflotte, Bignon, einen beachtenswerten Überblick über den jetzigen Stand der französischen Handelsflotte und die Aussichten für ihre Entwicklung. Nach Bignons Angaben betrug die Größe der Handelsflotte vor dem Kriege 2 550 000 Br. R. T., von denen 1 110 000 im Laufe des Krieges verloren gingen. Wiedererlangt wurden 980 000 Tonnen; dazu kommt die von Großbritannien, Brasilien und den Mittelmächten erhaltene Tonnage, wodurch die französische Flotte wieder auf 3 550 000 Tonnen

gebracht wurde. Weiter kommen hinzu 650 000 Tonnen Neubauten und Ankäufe, so daß die Größe der Tonnage auf 4 300 000 Tonnen steigen würde. Den Zeitpunkt, an dem diese Zahl erreicht werden würde, scheint Bignon allerdings verschwiegen zu haben. Nach seinen Angaben belaufen sich die von französischen Reedereien erteilten Bauaufträge auf 1 089 824 Tonnen, davon 513 000 in Frankreich und 576 000 im Ausland.

Im Anschluß an diese Darlegungen entwickelte sich ein Rededuell zwischen den Gegnern und den Anhängern der Verstaatlichung der Handelsflotte. Den Standpunkt der ersteren vertrat Giraud, Direktor der Société Générale de Transports Maritimes à Vapeur und Vorsitzender der Marseiller Handelskammer; er führte die an dieser Stelle oft erwähnten Gründe gegen die Opportunität der Verstaatlichung an. Den Standpunkt der Verstaatlicher vertrat der bekannte Bouisson, der sozialistische Amtsvorgänger Bignons. Er konnte indessen mit seinen Ansichten nicht durchdringen, nachdem der Unterstaatssekretär für Finanzen dargelegt hatte, daß der von den Sozialisten zu ihren Gunsten ins Feld geführte Überschuß aus der staatlichen Bewirtschaftung der 2½ Mill. Tonnen französischer Handelsflotte in Höhe von 109 Mill. fr sich bei genauer Prüfung der Sachlage in einen Fehlbetrag kehren würde. Bignon trat dafür ein, daß, wenn für die Aufrechterhaltung gewisser Schiffahrtslinien, die sich für private Reedereien nicht lohnten, eine staatliche Tonnage beschaffen werden solle, diese im Höchstfalle 200 000 t betragen dürfe. *P. W.*

Neue Gesetze. Im Senat wurden zwei neue Gesetze angenommen, von denen das eine die Regierung ermächtigt, 200 Mill. fr für den Ausbau der Fischerei, insbesondere für Ausbau und Verbesserung der Fischereihafen, Kühlhäusern usw. aufzuwenden. Das andere Gesetz führt an Stelle der staatlichen die mehrfach besprochene teilweise Selbstverwaltung der Häfen ein. *P. W.*

Kapitalserhöhungen. Die Chargeurs Réunis erhöhen ihr Kapital durch Ausgabe von 100 000 Aktien zu je 500 fr von 50 auf 100 Mill. fr, die Compagnie Fraissinet von 10 auf 17 Mill. fr. Die Société Navale de l'Ouest gibt zum Kurse von 497,50 fr 60 000 neue Anleihe zu je 500 fr, die mit 6 % fest verzinslich sind, heraus. *P. W.*

Streiks. Auch in Frankreich ist die Zahl der Streiks in der letzten Zeit erheblich gestiegen und hat die Schiffahrt bedeutend behindert. Bignon gab bekannt, daß seit Januar 1919 33 Seeleutestreiks vorgekommen wären, davon allein in Marseille 11. Besonders unerfreulich sind zurzeit die Zustände in Dünkirchen, wo nach einem 33tägigen Streik entgegen dem Befehl des Syndikats die Hafenarbeiter unter nicht stichhaltigen Gründen nach wie vor die Arbeit verweigern und das Komitee zur „Verteidigung der Interessen des Hafens" zur Androhung einer allgemeinen Aussperrung veranlaßt hat. *P. W.*

Die Chantiers et Ateliers Augustin Normand wurde mit einem Kapital von 10 Mill. fr von Interessenten in Paris, Straßburg und Le Havre gegründet. Der Zweck der Gesellschaft ist der Bau von Schleppern und Leichtern für die Rheinfahrt. *P. W.*

Vereinigte Staaten

Nach Annahme der Merchant Marine Act. Der Kampf um die Jones Bill, der die amerikanische Schiffahrtswelt seit November vorigen Jahres in Atem hielt, ist beendet. Die Bill ist von beiden Häusern verabschiedet und vom Präsidenten gutgeheißen worden. Damit haben die Vereinigten Staaten ihre von allen an der Schiffahrt beteiligten Kreisen lebhaft geforderte Merchant Shipping Acht erhalten. Wann die einzelnen Bestimmungen wirksam werden, wird sich genauer übersehen lassen, wenn erst die Ausführungsbestimmungen, mit deren Abfassung man zurzeit beschäftigt ist, vorliegen.

Die für den Verkehr der fremden Flaggen besonders verhängnisvolle Beschränkung der Eisenbahn-Vorzugstarife auf Güter, die mit amerikanischen Schiffen befördert werden, wird noch nicht so bald in Kraft treten können, einmal, weil zurzeit noch manche Frachtverträge zwischen amerikanischen Verladern und fremden Reedereien laufen, und zweitens, weil man gegenwärtig noch ungewiß ist, ob die vorhandene und verfügbare amerikanische Tonnage bereits ausreicht, den Frachtraumbedarf für den heimischen Export in den verschiedenen Häfen voll zu decken. Das Gesetz trifft die vorsichtige Bestimmung, daß in solchen Fällen das Interstate Commerce Committee auf Vorschlag des Schiffahrtsamtes die Vorzugs-Eisenbahnfrachtsätze zeitweilig außer Kraft setzen kann, und das Amt hat bereits einen entsprechenden Antrag, der die Einführung der neuen Maßnahme auf drei Monate hinausschiebt, gestellt.

Die bisherigen Frachtsätze auf Exportgüter waren etwa 25 % niedriger als die auf Lokalgüter. Der Unterschied ist also recht beträchtlich und nach Ansicht der Reeder groß genug, um die höheren Betriebskosten der amerikanischen Schiffe wettzumachen. Jedenfalls ist nicht zu bezweifeln, daß die neue Bestimmung ein außerordentlich wirksames Mittel darstellt, den gesamten überseeischen Import und Export den eigenen Schiffen zuzuwenden. Wie die Verlader dabei fahren, wird sich erst zeigen müssen. Die Abwanderung des fremden Linienverkehrs, die die nächste Folge sein wird, beginnt bereits sich anzukündigen. Einer „Times"-Meldung zufolge haben mehrere fremde Linien, die bisher von San Francisco fuhren, beschlossen, künftig ihre Expeditionen von Vancouver auszuführen.

So wenig wie die Vorzugs-Eisenbahnfrachtsätze werden die Flaggen- und Zollzuschläge sofort eingeführt werden können. Zwar sieht die seit einer Reihe von Jahren in Kraft befindliche Underwood Tariff Act einen Zollzuschlag von 5 % auf mit fremden Schiffen eingeführte Güter vor, aber die Anwendung dieser Bestimmung war bisher durch die Handelsverträge mit den verschiedenen Ländern behindert. Erst wenn diese aufgehoben worden sind, würde der Zollzuschlag automatisch wirksam werden. Dann ist auch der Weg frei für weitere Benachteiligung der fremden Schiffe durch Flaggenzuschläge, Tonnengelder usw.

Trotz der gewaltigen Vorteile und Begünstigungen, die das neue Schiffahrtsgesetz der heimischen Flagge bringt, darf es als recht unwahrscheinlich angesehen werden, daß mit ihm der schiffahrtspolitische Protektionismus der Amerikaner bereits erschöpft ist. Mehrere weitere Vorschläge harren noch der Erledigung. So ist beispielsweise dem Senat schon vor längerem ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der die Abgabefreiheit der amerikanischen Küstenfahrt im Panamakanal wieder herstellen will. Die Bill will also die im Jahre 1914 auf Wilsons Drängen eingeführte Gleichheit der fremden und heimischen Flaggen in bezug auf die Kanalgebühren wieder aufheben und damit den alten Streit um die Auslegung des Hay-Pauncefote-Vertrages neu entfesseln. Im Interesse der kanadischen Schiffahrt, die durch die Bill besonders hart getroffen würde, wird England nicht umhin können, gegen diese Absichten nachdrücklich seine früheren Proteste zu wiederholen. *A. K.*

Die künftigen amerikanischen Passagierdampfer. Die kürzlich an dieser Stelle (s. „W.-D." Nr. 24, S. 358) mitgeteilten Angaben über die zurzeit in Bau befindlichen amerikanischen Passagierdampfer können wir heute durch einige weitere ergänzen.

Außer den bereits erwähnten 19 Schiffen sind noch 7 eines kleineren Typs in Bau. Über beide Schiffstypen sind jetzt folgende Daten bekanntgegeben:

	Größerer Typ	Kleinerer Typ
Länge	535 Fuß	520 Fuß
Tragfähigkeit	13 000 t	12–13 000 t
Geschwindigkeit	18 Knoten	14½ Knoten
„Aktionsradius	11 000 Sm.	15 000 Sm.
Kajütspassagiere	249	84
Zwischendeckspassagiere	300	—
Zahl der Schiffe	19	7
Davon bauen:		
New York Shipbuilding Corp., Camden, New Jersey	9	7
Newport News Dry Dock & Shipbuilding Corp., Newport News	2	—
Bethlehem Shipbuilding Corp., Sparrows Point	8	—

Die Schiffe sollen sowohl für Öl- wie für Kohlenfeuerung eingerichtet werden.

Die Ablieferung der Neubauten wird sich infolge der vielfachen Änderungen, denen die Konstruktionspläne unterworfen waren, verzögern. Die Schiffe, die zuerst für Truppentransporte, dann für den Dienst als Hospitalschiffe und schließlich für den Passagier- und Frachtverkehr bestimmt waren, sollten ursprünglich im Sommer dieses Jahres fertig werden. Die New York Shipbuilding Corp. hat bis heute 4 Schiffe des größeren Typs und 3 des kleineren zu Wasser lassen können. Wann die Ausrüstung beendet sein wird, steht zurzeit noch nicht fest, keinesfalls jedoch vor Anfang des nächsten Jahres. Die Newport News-Werft hat den ersten seiner beiden Neu-

bauten im Juni vom Stapel gelassen und gedenkt ihn etwa Anf. Febr. nächsten Jahres abzuliefern. Der zweite wird die Heilingen erst Ende dieses Jahres verlassen können. Von der Werft der Bethlehem Shipbuilding Corp. dürfte der erste Neubau gegen Anfang des kommenden Jahres zu erwarten sein.

Was das Äußere der Schiffe anlangt, so wird vorsichtigerweise bereits jetzt darauf hingewiesen, daß sie keine „Augenweide", sondern zweckmäßige Schiffe sein wollen. Sie sind entworfen vom Leiter des Konstruktionsbüros der International Mercantile Marine Co., doch haben auch andere Schiffbauer noch ihre Verbesserungsvorschläge in Bau und Ausrüstung verwirklichen können.

Die zuerst fertigen 12 Schiffe sollen drei Schiffahrtsgesellschaften der Pacific-Küste überwiesen werden. Die Pacific Steamship Co. wird 5 für ihren Dienst Seattle-Ostasien, die Pacific Mail Steamship Co. 5 für ihre Fahrten nach Manila, Hongkong und Indien, die Matson Navigation Co. 2 für den Verkehr San Francisco-Hawaii erhalten; 2 weitere Schiffe sind der Munson Steamship Line für die Route New York-Südamerika zugedacht. Von den übrigen werden nach früheren Plänen einige größere auf den Europadienst (New York-Queenstown-Antwerpen) und die Afrika- oder Mittelmeerfahrt, einige kleinere auf den Nord-Südamerikadienst verteilt werden.

Zu welchen Preisen das Schiffahrtsamt diese Dampfer den privaten Reedereien zu überlassen gedenkt, ist nicht bekannt. Man ist jedoch der Ansicht, daß die Baukosten sich infolge der mannigfachen Konstruktionsänderungen derartig hoch stellen, daß das Amt keinesfalls mehr als die Hälfte seiner Aufwendungen durch den Verkauf wieder hereinzubringen hoffen darf. *A. A.*

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Weltkrieg und Friedensvertrag

„Deutschland schuldig?" Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Hrsg. mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes. Berlin: Heymann, 1919. 208 S.

„Die geographischen Ursachen des Weltkrieges." Ein Beitrag zur Schuldfrage. Von Georg Wegener. Berlin: Sigismund 1920. 144 S. Geh. 5,40 ℳ, geb. 7,— ℳ.

Geistvoll und glänzend geschrieben. Sollte in englischer Übersetzung im Auslande verbreitet werden! H. Z.

„Joint Debate on the Covenant of Paris." Henry Cabot Lodge [and] A. Lawrence Lowell. Boston 1919. 49—97 S. (League of Nations. Vol. 2. Nr. 2).

„The proposed Constitution of a league of nations. Speech. Van Henry Cabot Lodge. Washington 1919. 24 S.

„Völkerbund und auswärtige Politik." Von M. J. Bonn. Gotha: Perthes 1920. 26 S. (Das neue Reich. H. 10.)

Das kleine Heft, die Niederschrift eines auf dem Kongreß der Westdeutschen Liga für Völkerbund gehaltenen Vortrages weist die Notwendigkeit des Völkerbundes nach, kritisiert aber zugleich die Mängel, die der gegenwärtige aufweist.

„Der Weltprotest gegen den Versailler Frieden." Stimmen aus Amerika, Belgien, China. Hrsg. u. eingel. von Alfred H. Fried. Leipzig: Der neue Geist 1920. 78 S.

Was das Buch gibt, ist nur ein kleiner Bruchteil dessen, was hätte gegeben werden können und müssen, wenn es möglich gewesen wäre. Aber das Material ist gut ausgewählt und charakteristisch und dürfte seinen Zweck nicht verfehlen. Die Menge des Stoffes hat es mit sich gebracht, daß oft Kürzungen vorgenommen wurden, leider, ohne daß dies immer kenntlich ist.

„Die französische Kolonialpolitik ein Hemmnis des Völkerbundes." Von Lujo Brentano. Berlin: Simion 1919. 30 S. (Volkswirtschaftl. Zeitfragen, Jg. 40. Nr. 305. H. 1.)

„Selbstbestimmung, Wirtschaft, Völkerbund," Gedanken über den wirtschaftlichen und politischen Neuaufbau Europas. Von Géza Lukács. Berlin: Lissner (1919.) 94 S. Brosch. 3,80 ℳ, geb. 5,50 ℳ

Mit dem Selbstbestimmungsrecht — führt der Autor aus — ist der Grundsatz von dem Rechte des Menschen auf persönliche Freiheit in die Sphäre des Völkerrechts versetzt. Kleine abgesplitterte Teile einer Nation aber können kein Recht auf Selbstbestimmung haben. Die erste und augenfälligste Äußerung des Selbstbestimmungsrechts ist die Bestimmung der Grenzen. In der Gemeinschaft der Völker muß ein selbstverständliches Interesse in der Wahrung der Ehre aller Mitglieder erstehen. Im wirtschaftlichen Teile der Abhandlung werden die finanz-, handels- und sozialpolitischen Fragen besprochen, die in der nahen Zukunft von Bedeutung werden dürften. Alle kommunistischen Theorien werden verurteilt, doch verlangt Verfasser eine Revision des privatwirtschaftlichen Systems.

„Der Frieden und die Zukunft der Weltwirtschaft." Offener Brief an die gerecht denkenden Minderheiten in den alliierten und neutralen Ländern von Schulze-Gävernitz, Zürich: Orell-Füssli 1919. 32 S.

Der Inhalt des ebenso interessanten wie politisch und wirtschaftlich bedeutungsvollen Schriftchens läßt sich in die folgenden Sätze zusammenfassen: Der Friede ist, soweit ausführbar, ehrlich auszuführen; soweit unausführbar, ehrlich zu revidieren, die Wiedergutmachung, welche die Sieger fordern, ist nur möglich durch eine vorhergehende wirtschaftliche Belebung Deutschlands, welche durch die wirtschaftlichen und finanziellen Störungen des Friedensvertrages unmöglich gemacht wird. Der Verfasser hofft auf eine vom Weltgewissen gebotene Gerechtigkeitstaat großen Stils.

„Gewaltfrieden und Wiederaufbau" von August Müller. Berlin: Kulturliga 1919. 23 S.

„Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft." Zur Geschichte des deutschen Zusammenbruchs von Arthur Dix. Berlin: Mittler 1920. VI, 369 S.

Der gewandten Feder des bekannten Publizisten, der als Mitglied des Kriegsausschußes Deutscher Industrie und in amtlichen Funktionen viel von dem aus eigner Anschauung kennt, was er schildert, verdanken wir ein allumfassendes Werk, in dem zwar Einzelheiten oft nur oberflächlich dargestellt werden, das aber in seiner Gesamtheit für jedermann interessant und fesselnd sein dürfte.

„Warenpreis und Geldwert im Kriege." Vortrag von Batocki. Königsberg i. Pr. 1919: Ostpr. Druck- und Verlags-Anstalt. 24 S.

Der am 17. 10. 19 gehaltene Vortrag ist nach drei Richtungen hin interessant, er zeigt die völlige Unvorbereitet. heit Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung. als der Krieg ausbrach. Er erläutert und rechtfertigt das Wirtschaftssystem während des Krieges und weist endlich auf die Gefahren hin, die der deutschen Volkswirtschaft auch heute noch drohen. Seine Forderungen (Ausbau der Steuern, Verhinderung der Luxuseinfuhr, Regelung der Valuta, Höchststeigerung der Arbeit) die ja schon vielfach vorgebracht sind, werden wissenschaftlich einwandfrei begründet. Der Vortrag ist ohne Phrasen, aber von warmem Patriotismus getragen.

„Sachverzeichnis zum Friedensvertrage." Autoris. Ausgabe im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Charlottenburg: Dtsche Verl.-Ges. für Politik und Geschichte 1919. 268 S. (Materialien betr. d. Friedensverhdlg. T. 10.)

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer, Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.